G 2527

Nr. 3-4/2022

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Philologenverband Baden-Württemberg analytisch:

- **Forderung nach Stellenhebungen**
- **Landespressekonferenz zur forsa-Umfrage**
- **Elternbefragung zur Bildung in Baden-Württemberg**
- **Der PhV BW zum Chancengleichheitsgesetz**
- **Landespressekonferenz zu drei Jahren ZSL**

Außerdem

Wechsel an der JuPhi-Spitze

Schulvertreterversammlung Nordbaden

Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Inhalt

Editorial *[Ralf Scholl]* 2

forsa-Umfrage
Elternbefragung zu aktuellen bildungspolitischen Themen in Baden-Württemberg *[PhV BW]* 4

Landespressekonferenz
PhV BW präsentiert Ergebnisse seiner forsa-Studie zu '2 Jahre Corona' *[PhV BW]* 8

Die JuPhi zu Beginn des Jahres *[Martina Scherer]* 10

Land an Gleichberechtigung nicht interessiert? *[Claudia Grimm]* 12

Thema aktuell: CDU 14

Schulvertreterversammlung im Hybridformat *[Helmut Hauser]* 15

Social media – Fluch oder Segen? *[Martina Scherer]* 18

Digitale Souveränität im Kinderbuch *[Cord Santelmann]* 19

Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 20

Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 21

Drei Jahre ZSL *[Dieter Grupp]* 22

Über Knochen mit und ohne Fleisch *[Dieter Grupp]* 24

Stellungnahme des PhV BW
Änderung der Verordnung der Landesregierung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg *[Ralf Scholl]* 25

Der Philologenverband im Gespräch mit ...
... Kultusministerin Theresa Schopper *[Karin Fetzner]* 26
... dem Gymnasialreferat im Kultusministerium *[Karin Fetzner]* 27
... der FDP *[Karin Fetzner]* 28

Die neue JuPhi-Spitze *[Laura Schönfelder]* 29

Corona und die Versicherung der Verbandskreditkarte *[John Kames]* 30

Titelfoto: Albert-Einstein und Spohn-Gymnasium Ravensburg (Foto: Andreas Müller)

Redaktionsschluss:
Mai-Juni-Ausgabe: 9. Mai 2022,
Juli-August-Ausgabe: 27. Juni 2022.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Liebe Leserinnen und Leser,

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

in den vergangenen knapp drei Monaten ist viel passiert: Zum Dauerbrenner Corona kam der Krieg in der Ukraine dazu. Von beidem sind die Schulen massiv betroffen.

Corona

Nach der ersten massiven Reduktion der Schutzmaßnahmen stiegen die Inzidenzen nach den Faschingsferien erneut schnell an. Bei den 10- bis 19-Jährigen in Baden-Württemberg sogar binnen nur zwei Wochen auf neue Höchstwerte von rund 4000. An vielen weiterführenden Schulen mussten daher viele, teilweise sogar alle Klassenstufen täglich getestet werden.

Da die Infektionen über die Kinder in die Familien hineingetragen wurden, erreichen sie seit Mitte März zunehmend auch die Großeltern-Generation, wo die Inzidenz folgerichtig auf über 1000 bei den 60- bis 79-Jährigen und auf knapp 1000 bei den Über-80-Jährigen stieg. Da selbst in diesen Altersgruppen die Zahl der Ungeimpften bei 13 Prozent bzw. der Nicht-Geboosterten bei 25 Prozent liegt, wuchs auch die Zahl der täglichen Todesfälle erneut. Die Wahrscheinlichkeit einer Einweisung auf eine Normal- oder Intensivstation ist für Ungeimpfte und nicht vollständig Geimpfte rund fünfzigmal so hoch wie für Geboosterte.

Dass zu einem Zeitpunkt mit 300 000 täglichen Neuinfektionen deutschlandweit von Seiten der Bundesregierung das Infektionsschutzgesetz massiv gelockert wird, lässt sich bei aller Corona-Müdigkeit nur mit Verleugnung der Realität erklären.

Ukraine-Krieg

Seit Beginn des Ukraine-Kriegs hat ein massiver Flüchtlingszustrom in die EU und damit auch nach Deutschland eingesetzt. Der Philologenverband Baden-Württemberg hat am 14. März vorgerechnet, dass über kurz oder lang rund 50 000 ukrainische Kinder in Baden-Württemberg zu erwarten sind (bei rund 600 000 in ganz Deutschland und insgesamt etwa 7 Millionen Flüchtlingen in der gesamten EU).

Angesichts des sich verschärfenden Krieges ist weder ein Waffenstillstand noch eine baldige Rückkehr der Flüchtlinge in die Ukraine zu erwarten, zumal die ukrainischen Städte ja gerade massiv zerstört werden.

Deswegen sollte sich »the Länd« durch einen Nachtragshaushalt bis Ende Mai (rechtzeitig zum Haupteinstellungsverfahren) mit bis zu 4000 befristeten Lehrerstellen für die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge rüsten. Die ukrainischen Kinder werden spätestens im neuen Schuljahr in unsere normalen Klassen integriert werden müssen.

Aber auch hier sind zu viele unserer Politiker bisher im Realitäts-Verleugnungs-Modus. Man hofft auf die Rückkehr der Flüchtlinge in die Ukraine innerhalb weniger Wochen. Eine schöne Hoffnung, darauf zu bauen, ist aber »Schön-Wetter-Politik«. Verantwortungsvolle Politik plant für schlechtes Wetter voraus, insbesondere, wenn man schon mitten in einem Sturm steckt! Und Planung setzt auch Berechnungen voraus: Dass Kultusministerin Schopper dies »Politik mit dem Rechenschieber« nennt, verwundert dann aber doch etwas: Seit knapp fünfzig Jahren gibt es doch Taschenrechner!

forsa-Umfrage des PhV BW

Am 16. März haben wir die Ergebnisse einer im Februar in unserem Auftrag von forsa durchgeführten Studie zu den Corona-Auswirkungen in Baden-Württemberg vorgestellt. Befragt wurden 1006 Eltern und Erziehungsberechtigte von aktuell schulpflichtigen Kindern in Baden-Württemberg. Die Studienergebnisse finden Sie ab *Seite 4*.

Die Ergebnisse waren noch eindeutiger, als wir selbst im Vorfeld angenommen hatten und das Medienecho war entsprechend groß. Nach Elternangaben

(1) haben 62 Prozent der Schülerinnen und Schüler fachliche Lücken,
(2) haben 42 Prozent sozial-emotionale Beeinträchtigungen entwickelt,
(3) nehmen aber nur 5 Prozent bisher an 'Rückenwind'-Fördermaßnahmen teil,
(4) haben etwa 50 Prozent keinen Rückenwind-Bedarf, aber für über 30 Prozent der Nicht-Teilnehmer gibt es kein passendes Angebot von der Schule,
(5) haben nur 11 Prozent der SuS bisher ein digitales Endgerät von der Schule erhalten (weitere 33 Prozent bekamen eines angeboten, hatten aber wegen vorhandener privater Geräte keinen Bedarf, 52 Prozent haben bisher jedoch noch gar kein Angebot erhalten),
(6) gibt es nur in rund 77 Prozent der Klassenräume ein Waschbecken, in 62 Prozent Desinfektionsmittel, in 33 Prozent der Räume eine CO_2-Ampel und in 14 Prozent der Räume einen Raumluftreiniger.
(7) **wollen 91 Prozent der Eltern (aller Schularten!) G9:** 62 Prozent als einziges Angebot, 29 Prozent wahlweise G8 und G9, und nur 6 Prozent der Eltern wollen ausschließlich G8,
(8) wollen über 90 Prozent der Eltern kleinere Klassen, und zwar 26 Prozent mit maximal 24 Schülern pro Klasse, 62 Prozent mit maximal 20, und 20 Prozent mit maximal 16 Schülern pro Klasse.
(9) Und vielleicht am wichtigsten von allem: **94 Prozent aller Eltern beantworteten die Frage** »Sollten die Schulträger und das Land Baden-Württemberg **mehr finanzielle Mittel in eine bessere Ausstattung der Schulen und mehr Lehrkräfte investieren, auch wenn dafür andere Projekte des Landes oder der Kommunen zurückstehen müssen?« mit »Ja«. In Worten: Vierundneunzig Prozent!**

In einer ersten Reaktion auf diese Umfrage wurde die GEW in den BNN am 17. März unter der Überschrift 'GEW will G9 – aber nur ganztägig' folgendermaßen zitiert: »Für die Abschaffung des achtjährigen 'Turbo'-Gymnasiums setzt sich auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein – sie fordert allerdings mehr als eine simple 'Rückkehr' zum neunjährigen Gymnasium.« (Sie will eine verpflichtende Ganztagsschule.) Der PhV hat ein Qualitäts-G9-Modell entwickelt, das keine »simple Rückkehr« darstellt, sondern einen Weg zeigt zu mehr Bildungsqualität und fachlichem Inhalt, damit das Abitur wieder eine Studierbefähigung bescheinigt, nicht nur eine 'Hochschulzugangsberechtigung' mit der dann 1/3 der Studienanfänger scheitern.

Dazu brauchen wir keinen Zwang zur Ganztagsschule, insbesondere nicht gegen den Willen der Eltern, sondern den Fokus auf eine gute Allgemeinbildung, die den Kindern und Jugendlichen auch die Zeit gibt, in ihrer Persönlichkeit zu reifen und zu mündigen Bürgern zu werden.

Hoffen wir, dass dieses überwältigende Votum der Eltern neuen Schwung in diese festgefahrene Debatte bringt!

Das konventionelle Beförderungsverfahren für Mai fällt 'mangels Stellen' einfach aus. So die lakonische Mitteilung des Kultusministeriums.

Wir im Philologenverband Baden-Württemberg haben dies zum Anlass genommen, vom Kultusministerium die Stellenhebung von 1880 Studienratsstellen zu Oberstudienratsstellen zu fordern, d.h. die Umwandlung von A13- in A14-Stellen.

Die Überzahl der A13-Stellen gegenüber den A14-Stellen ist nämlich seit 2009 (neun Stellen Unterschied) mittlerweile auf 3776 Stellen angewachsen *(vgl. Tabelle!)*.

Derzeit werben wir hinter den Kulissen intensiv für diese notwendige Maßnahme, um den Stellenkegel wieder ausgeglichen zu gestalten.

Übrigens können Sie diese Zahlen auch leicht selbst überprüfen, sie stammen aus den Staatshaushaltsplänen für das Kultusministerium. Und die Pläne seit 2004 finden Sie direkt unter www.statistik-bw.de/shp/. Einschlägig sind Kapitel 416 – Gymnasien, Kapitel 418 – GMS und Kapitel 436, Titel 422.01 (Spitzenlastausgleich).

In diesem Sinne: Alles Gute für Sie! Machen Sie gerne Werbung für den Philologenverband, denn es lohnt sich, Mitglied bei uns zu sein!

Ihr

Ralf Scholl

Unsere Forderung nach Stellenhebungen

StR A13 vs. OStR A14

Haushaltsplan KM	416 GYM StR	418 GMS StR	436 maximal StR	Summe StR	416 GYM OStR	418 GMS OStR	Summe OStR
2009	7180,5		520	**7 700,5**	7691,5		**7691,5**
2010	7468,5		970	**8 438,5**	7644,5		**7644,5**
2011	7503,5		1420	**8 923,5**	7503,5		**7503,5**
2012	7494,0		1420	**8 914,0**	7572,5		**7572,5**
2013	8642,0	121	1340	**10 103,0**	7404,5	119	**7523,5**
2014	8190,0	276	1420	**9 886,0**	7308,5	274	**7582,5**
2015	7846,0	293	1883	**10 022,0**	7153,5	293	**7446,5**
2016	7940,0	550	2026	**10 516,0**	7134,5	550	**7684,5**
2017	7624,5	550	2026	**10 200,5**	6877,5	550	**7427,5**
2018	7416,0	550	2026	**9 992,0**	6861,5	550	**7411,5**
2019	7316,0	650	2026	**9 992,0**	6862,5	550	**7412,5**
2020	7412,0	910	2026	**10 348,0**	6857,5	544	**7401,5**
2021	7542,0	1116	2390	**11 048,0**	6857,5	544	**7401,5**
2022	7661,5	1116	2390	**11 167,5**	6857,5	534	**7391,5**
Änderung				**3 467,0**			**-300,0**

Elternbefragung zu aktuellen bildungspolitischen Themen in Baden-Württemberg

Vorbemerkung

Im Auftrag des Philologenverbands Baden-Württemberg e.V. hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative Befragung zu aktuellen bildungspolitischen Themen in Baden-Württemberg durchgeführt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1006 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Eltern und Erziehungsberechtigte von Kindern und Jugendlichen, die in Baden-Württemberg zur Schule gehen, befragt. Eltern, die mehrere Kinder haben, die in Baden-Württemberg zur Schule gehen, sollten die Fragen nur mit Blick auf dasjenige Kind beantworten, das zuletzt Geburtstag hatte und Gegebenheiten, die auf ihre anderen Kinder zutreffen, ausblenden.

Die Erhebung wurde vom 2. bis 22. Februar 2022 als Online-Befragung im Rahmen des repräsentativen Online-Panels forsa.omninet durchgeführt. Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

1. Auswirkungen der Pandemie und Situation in den Fernlernzeiten

Auswirkungen der Pandemie auf den Lernerfolg˘

Ihr Kind wurde durch die Pandemie im Vergleich zu der Zeit vorher in seinem schulischen Lernerfolg beeinträchtigt)*

	voll und ganz %	eher %	eher nicht %	überhaupt nicht %
insgesamt	**29**	**33**	**24**	**10**
Geschlecht des Kindes				
Junge	29	35	23	9
Mädchen	28	32	25	11
Klassenstufe des Kindes				
1. bis 4. Klasse	25	32	23	13
5. bis 7. Klasse	29	35	26	9
8. bis 10. Klasse	36	32	22	10
11. bis 13. Klasse	25	38	29	7
Schulform des Kindes				
Grundschule	26	32	22	13
Haupt-/Realschule/GMS	33	33	22	9
Gymnasium	31	36	24	8
berufliche Schulen	27	34	34	5

*) an 100 % fehlende Angaben = 'weiß nicht'/keine Angabe

62 Prozent der befragten Eltern stimmen der Aussage, dass ihr Kind durch die Pandemie im Vergleich zu der Zeit vorher in seinem schulischen Lernerfolg beeinträchtigt wurde, voll und ganz (29 Prozent) oder eher (33 Prozent) zu.
34 Prozent stimmen der Aussage eher nicht (24 Prozent) oder überhaupt nicht (10 Prozent) zu.
Etwas häufiger als Eltern von Grundschülern meinen Eltern, deren Kind eine weiterführende Schule besucht, dass ihr Kind durch die Pandemie in seinem schulischen Lernerfolg beeinträchtigt wurde.

Auswirkungen der Pandemie auf die sozial-emotionale Entwicklung

Die Pandemie hat bei ihrem Kind die sozial-emotionale Entwicklung beeinträchtigt)*

	sehr stark %	stark %	wenig %	gar nicht %
insgesamt	**13**	**29**	**47**	**9**
Geschlecht des Kindes				
Junge	13	28	47	10
Mädchen	13	31	48	8
Klassenstufe des Kindes				
1. bis 4. Klasse	15	27	48	9
5. bis 7. Klasse	9	30	51	10
8. bis 10. Klasse	15	33	46	5
11. bis 13. Klasse	10	27	51	11
Schulform des Kindes				
Grundschule	15	27	48	9
Haupt-/Realschule/GMS	17	28	48	6
Gymnasium	9	33	48	9
berufliche Schulen	12	27	48	12

*) an 100 % fehlende Angaben = 'weiß nicht'/keine Angabe

42 Prozent der Befragten geben an, dass die Pandemie bei ihrem Kind die sozial-emotionale Entwicklung sehr stark (13 Prozent) oder stark (29 Prozent) beeinträchtigt hat.
Etwa die Hälfte der befragten Eltern (47 Prozent) meint, dass die Pandemie die sozial-emotionale Entwicklung ihres Kindes wenig beeinträchtigt hat.
Dass die sozial-emotionale Entwicklung ihres Kindes durch die Pandemie gar nicht beeinträchtigt wurde, geben nur wenige (9 Prozent) an.
In Bezug auf Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 8 bis 10 berichten die Befragten etwas häufiger negative Auswirkungen der Pandemie auf die sozial-emotionale Entwicklung als für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe.

2. Kompensationsmaßnahmen zur Behebung von Lernrückständen

Teilnahme an von der Schule organisierten Fördermaßnahmen

Ihr Kind nimmt an einer von der Schule organisierten Fördermaßnahme seit den Herbstferien 2021 teil)*

	ja %	nein %
insgesamt	**5**	**93**
Geschlecht des Kindes		
Junge	4	94
Mädchen	7	92
Klassenstufe des Kindes		
1. bis 4. Klasse	1	98
5. bis 7. Klasse	11	88
8. bis 10. Klasse	8	89
11. bis 13. Klasse	3	97
Schulform des Kindes		
Grundschule	1	98
Haupt-/Realschule/GMS	8	90
Gymnasium	9	89
berufliche Schulen	2	97

*) an 100 % fehlende Angaben = 'weiß nicht'/keine Angabe

Nur 5 Prozent der befragten Eltern geben an, dass ihr Kind an einer von der Schule organisierten Fördermaßnahme seit den Herbstferien 2021 teilnimmt.
93 Prozent der Eltern geben an, dass ihr Kind an keiner von der Schule organisierten Kompensationsmaßnahme zur Behebung von Lernlücken teilnimmt.
Am ehesten geben Eltern von Schülern der Klassenstufen 5 bis 10 an, dass ihr Kind an derartigen Fördermaßnahmen teilnimmt.

Wichtigster Grund für die Nicht-Teilnahme an von der Schule angebotenem Förderkurs I*)

*Wichtigster Grund, warum ihr Kind insgesamt nicht an einem von der Schule angebotenen Förderkurs teilnimmt**)*

Klassenstufe des Kindes	**insgesamt %**	1. bis 4. %	5. bis 7. %	8. bis 10. %	11. bis 13. %
Kind benötigt keine zusätzliche Förderung	**51**	56	57	39	52
Von der Schule wurde kein zu den Bedürfnissen des Kindes passendes Angebot gemacht	**29**	31	27	31	28
Kind möchte nicht an zusätzlichen schulischen Kursen teilnehmen	**7**	4	6	13	6
Kind nimmt an einer privat organisierten Förderung teil	**5**	2	4	11	8
andere Gründe	**6**	5	6	6	5

*) Befragte, deren Kind nicht an einem von der Schule angebotenen Förderkurs teilnimmt
**) an 100 Prozent fehlende Angaben = 'weiß nicht'/keine Angabe

Die Eltern, deren Kind an einer von der Schule organisierten Fördermaßnahme teilnimmt, sind mehrheitlich der Meinung, dass die von der Schule angebotenen Fördermaßnahmen nicht ausreichend sind, um die entstandenen Lernlücken zu schließen und die Probleme aufzuarbeiten. Aufgrund der geringen Fallzahl ist hier jedoch nur eine Tendenzaussage möglich.
Eltern, deren Kind nicht an einem von der Schule angebotenen Förderkurs zur Aufarbeitung von Lernlücken teilnimmt, wurden gebeten, anzugeben, welches der wichtigste Grund dafür ist. Etwa die Hälfte der Befragten (51 Prozent) gibt an, dass ihr Kind keine zusätzliche Förderung benötigt. Dass von der Schule kein zu den Bedürfnissen des Kindes passendes Angebot gemacht wurde, geben 29 Prozent der Befragten an.
7 Prozent nennen als wichtigsten Grund, dass ihr Kind nicht an zusätzlichen schulischen Kursen teilnehmen möchte. 5 Prozent geben an, dass ihr Kind an einer privat organisierten Förderung teilnimmt. 6 Prozent nennen andere Gründe.
Deutlich seltener als der Durchschnitt meinen die Eltern von Acht- bis Zehntklässlern, die nicht an einem von der Schule angebotenen Förderkurs teilnehmen, dass ihr Kind keine zusätzliche Förderung benötigt. Etwas häufiger als der Durchschnitt geben sie dafür an, dass ihr Kind nicht an zusätzlichen schulischen Kursen teilnehmen möchte sowie dass ihr Kind an einer privat organisierten Förderung teilnimmt.

Wichtigster Grund für die Nicht-Teilnahme an von der Schule angebotenem Förderkurs II*)

Wichtigster Grund, warum ihr Kind insgesamt nicht an einem von der Schule angebotenen Förderkurs teilnimmt

Schulform des Kindes	**insgesamt %**	Grundschule %	Haupt-/Realschule/GMS %	Gymnasium %	berufliche Schulen %
Kind benötigt keine zusätzliche Förderung	**51**	56	37	57	41
Von der Schule wurde kein zu den Bedürfnissen des Kindes passendes Angebot gemacht	**29**	30	34	23	33

• *Fortsetzung Tabelle* **Wichtigster Grund für die Nicht-Teilnahme an von der Schule angebotenem Förderkurs II**

Schulform des Kindes	insgesamt %	Grundschule %	Haupt-/Realschule/GMS %	Gymnasium %	berufliche Schulen %
Kind möchte nicht an zusätzlichen schulischen Kursen teilnehmen	**7**	4	12	8	5
Kind nimmt an einer privat organisierten Förderung teil	**5**	2	10	6	8
andere Gründe	**6**	4	7	5	10

*) Befragte, deren Kind nicht an einem von der Schule angebotenen Förderkurs teilnimmt

Eltern, deren Kind eine Haupt-, (Werk-)Real-, (integrierte) Gesamt- oder Gemeinschaftsschule oder eine berufliche Schule besucht, geben als Grund für die Nicht-Teilnahme deutlich seltener als Eltern, deren Kind zur Grundschule oder auf ein Gymnasium geht, an, dass ihr Kind keine zusätzliche Förderung benötigt.
Dass ihr Kind nicht an zusätzlichen schulischen Kursen teilnehmen möchte, nennen am ehesten Eltern, deren Kind eine Haupt-, (Werk-)Real-, (integrierte) Gesamt- oder Gemeinschaftsschule besucht, als Grund für die Nicht-Teilnahme.
Seltener als der Durchschnitt geben Eltern von Gymnasiasten den Grund an, dass von der Schule kein zu den Bedürfnissen des Kindes passendes Angebot gemacht wurde.

Wichtigster Grund für die Nicht-Teilnahme an von der Schule angebotenem Förderkurs III*)

Wichtigster Grund, warum ihr Kind insgesamt nicht an einem von der Schule angebotenen Förderkurs teilnimmt

Geschlecht des Kindes	insgesamt**) %	Junge %	Mädchen %
Kind benötigt keine zusätzliche Förderung	**51**	47	56
Von der Schule wurde kein zu den Bedürfnissen des Kindes passendes Angebot gemacht	**29**	33	25
Kind möchte nicht an zusätzlichen schulischen Kursen teilnehmen	**7**	8	5
Kind nimmt an einer privat organisierten Förderung teil	**5**	5	6
andere Gründe	**6**	7	6

*) Befragte, deren Kind nicht an einem von der Schule angebotenen Förderkurs teilnimmt
**) an 100 Prozent fehlende Angaben = 'weiß nicht'/keine Angabe

In Bezug auf Mädchen geben die Eltern als Grund für die Nicht-Teilnahme an Förderkursen häufiger als für Jungen an, dass ihr Kind keine zusätzliche Förderung benötigt. In Bezug auf Jungen hingegen meinen die Eltern etwas öfter, dass von der Schule kein zu den Bedürfnissen des Kindes passendes Angebot gemacht wurde.

3. Ausstattung der Schule

Hygieneausstattung im Klassenraum I

In dem Klassenraum des Kindes ist vorhanden

	ja %	nein %	weiß nicht %
Waschbecken	77	12	11
Desinfektionsmittel	62	18	20
CO_2-Ampel	33	47	20
Raumluftreiniger	14	73	13

77 Prozent der befragten Eltern geben an, dass in dem Klassenraum ihres Kindes ein Waschbecken vorhanden ist. Dass Desinfektionsmittel im Klassenraum vorhanden ist, meinen 62 Prozent.
Ein Drittel (33 Prozent) der Eltern gibt an, dass im Klassenraum des Kindes eine CO_2- Ampel vorhanden ist. Ein Raumluftreiniger befindet sich nach Einschätzung der Eltern in 14 Prozent der Klassenräume.
Jeweils bis zu einem Fünftel der Befragten konnte keine Angabe machen, ob die jeweilige Hygieneausstattung im Klassenraum ihres Kindes vorhanden ist.

Hygieneausstattung im Klassenraum II

In dem Klassenraum des Kindes ist vorhanden

	Waschbecken %	Desinfektionsmittel %	CO_2-Ampel %	Raumluftreiniger %
insgesamt	**77**	**62**	**33**	**14**
Klassenstufe des Kindes				
1. bis 4. Klasse	83	57	36	18
5. bis 7. Klasse	82	65	38	18
8. bis 10. Klasse	77	65	31	8
11. bis 13. Klasse	74	66	29	9

• *Fortsetzung Tabelle* Hygieneausstattung im Klassenraum II

	Wasch-becken %	Desinfekti-onsmittel %	CO_2-Ampel %	Raumluft-reiniger %
Schulform des Kindes				
Grundschule	82	56	37	18
Haupt-/Real-schule/GMS	78	69	29	13
Gymnasium	80	62	37	13
berufliche Schulen	59	69	17	4

Nach Angaben der Eltern sind Waschbecken, CO_2-Ampeln und Raumluftreiniger in den Klassenräumen in Grundschulen häufiger zu finden als in beruflichen Schulen.

Angebot eines digitalen Leihgerätes

Es wurde ihrem Kind ein digitales Leihgerät von der Schule angeboten)*

	ja %	ja, aber kein Bedarf, weil privates Gerät vorhanden %	nein %
insgesamt	**11**	**33**	**52**
Klassenstufe des Kindes			
1. bis 4. Klasse	5	27	67
5. bis 7. Klasse	19	43	35
8. bis 10. Klasse	12	44	44
11. bis 13. Klasse	15	30	53

• *Fortsetzung Tabelle* Angebot eines digitalen Leihgerätes

	ja %	ja, aber kein Bedarf, weil privates Gerät vorhanden %	nein %
Schulform des Kindes			
Grundschule	5	27	53
Haupt-/Realschule/GMS	12	47	39
Gymnasium	17	39	42
berufliche Schulen	13	22	59
Geschlecht des Befragten			
Männer/Väter	9	27	61
Frauen/Mütter	14	40	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = 'weiß nicht'/keine Angabe

44 Prozent der befragten Eltern geben an, dass ihrem Kind ein digitales Leihgerät (zum Beispiel iPad, Tablet, Laptop) von der Schule angeboten wurde.
52 Prozent geben an, dass ihrem Kind kein digitales Endgerät angeboten wurde.
Nach Angaben der Eltern wurden insbesondere den Kindern in den Klassenstufen 5 bis 7 von den Schulen digitale Endgeräte angeboten.
Eltern, deren Kind eine Grundschule oder eine berufliche Schule besucht, geben deutlich seltener als Eltern, deren Kind ein Gymnasium oder eine Haupt-, (Werk-)Real-, (integrierte) Gesamt- oder Gemeinschaftsschule besucht, an, dass ihrem Kind ein digitales Endgerät von der Schule angeboten worden ist.
Bemerkenswert ist, dass sich das Antwortverhalten der Väter von dem der Mütter unterscheidet. Männer meinen häufiger als Frauen, dass ihrem Kind von der Schule kein digitales Leihgerät angeboten wurde. Frauen hingegen geben häufiger an, dass ihr Kind keinen Bedarf an einem digitalen Leihgerät habe.

4. Meinungen zu schulpolitischen Themen

Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium?

Es würden in Baden-Württemberg für die Zukunft bevorzugen

	nur das acht-jährige Gymnasium (G8) %	nur das neun-jährige Gymnasium (G9) %	Wahlmög-lichkeit*) zwischen G8 und G9 %
insgesamt	**6**	**62**	**29**
Klassenstufe des Kindes			
1. bis 4. Klasse	8	60	29
5. bis 7. Klasse	5	65	28
8. bis 10. Klasse	4	66	27
11. bis 13. Klasse	4	60	35

• *Fortsetzung Tabelle* Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium?

	nur das acht-jährige Gymnasium (G8) %	nur das neun-jährige Gymnasium (G9) %	Wahlmög-lichkeit*) zwischen G8 und G9 %
Schulform des Kindes			
Grundschule	8	60	29
Haupt-/Realschule/GMS	3	65	28
Gymnasium	6	64	30
berufliche Schulen	5	59	34
Geschlecht des Befragten			
Männer/Väter	7	65	24
Frauen/Mütter	5	59	34

• *Fortsetzung Tabelle* Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium?

	nur das achtjährige Gymnasium (G8) %	nur das neunjährige Gymnasium (G9) %	Wahlmöglichkeit*) zwischen G8 und G9 %
Lernerfolg des Kinds durch Pandemie beeinträchtigt			
ja	5	66	27
nein	8	57	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = 'weiß nicht'/keine Angabe

Seit 2011 legen die Schüler an den allgemeinbildenden Gymnasien in Baden-Württemberg (mit Ausnahme weniger sogenannter 'G9-Versuchsgymnasien') ihr Abitur nach Klasse 12 ab. Dies entspricht 8 Schuljahren am Gymnasium und wird daher auch 'G8' (achtjähriges Gymnasium) genannt. Seit einiger Zeit wird darüber diskutiert, wieder zum neunjährigen Gymnasium ('G9', Abitur nach Klasse 13) als Regelfall zurückzukehren.
62 Prozent der Befragten würden für die Zukunft bevorzugen, wenn es in Baden-Württemberg nur das neunjährige Gymnasium gäbe. 6 Prozent sprechen sich dafür aus, dass es in Zukunft in Baden-Württemberg nur das achtjährige Gymnasium gibt. Für eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 sind 29 Prozent. Unabhängig von der Klassenstufe und der Schulform des Kindes spricht sich in jeder betrachteten Gruppe eine Mehrheit für das neunjährige Gymnasium aus.

Deutlich kleinere Klassen?

Damit die Lehrkräfte dem einzelnen Kind mehr Zeit widmen können, sollten die Schülerinnen und Schüler in deutlich kleineren Klassen unterrichtet werden)*

	ja, mit maximal 16 Schülern %	ja, mit maximal 20 Schülern %	ja, mit maximal 24 Schülern %	ja, mit maximal 27 Schülern %	nein %
insgesamt	**20**	**48**	**26**	**2**	**2**
Klassenstufe des Kindes					
1. bis 4. Klasse	23	48	23	3	2
5. bis 7. Klasse	16	47	34	1	2
8. bis 10. Klasse	19	48	25	3	2
11. bis 13. Klasse	21	55	19	2	2
Schulform des Kindes					
Grundschule	22	4	23	3	2
Haupt-/Realschule/GMS	22	49	22	3	1
Gymnasium	14	50	31	2	2
berufliche Schulen	25	50	20	3	1

PhV BW präsentiert Ergebnisse seiner forsa-Studie zu

Im Rahmen einer Landespressekonferenz im Landtag stellten der Landesvorsitzende Ralf Scholl und die stellvertretende Landesvorsitzende Karin Fetzner am 16. März 2022 die Ergebnisse einer repräsentativen forsa-Studie im Auftrag des Philologenverbandes Baden-Württemberg zu den Auswirkungen von Corona auf den Schulbetrieb sowie die Kinder und Jugendlichen vor. Hierfür waren im Februar 2022 1006 Eltern und Erziehungsberechtigte in Baden-Württemberg, die aktuell Kinder in der Schule haben, befragt worden. Die zentralen Ergebnisse dieser Umfrage finden Sie auf *Seite 4 ff.*

In der Landespressekonferenz erneuerten Ralf Scholl und Karin Fetzner die Forderungen des PhV BW nach einer besseren Ausstattung der Schulen mit Raumluftreinigungsgeräten, einem massiven Ausbau der G9-Angebote an Gymnasien sowie nach kleineren Klassen, die allesamt durch die Elternumfrage eindrucksvoll bekräftigt wurden.

>> *v.l.n.r.:* **Karin Fetzner** *(stellvertretende Vorsitzende des PhV BW)*, **Ralf Scholl** *(Vorsitzender des PhV BW)* **und Annika Grah von den** *Stuttgarter Nachrichten*

• *Fortsetzung Tabelle* Deutlich kleinere Klassen?

	ja, mit maximal 16 Schülern %	ja, mit maximal 20 Schülern %	ja, mit maximal 24 Schülern %	ja, mit maximal 27 Schülern %	nein %
Geschlecht des Befragten					
Männer/Väter	20	47	26	2	3
Frauen/Mütter	20	49	25	2	1

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = 'weiß nicht'/keine Angabe

Fast alle Befragten sprechen sich dafür aus, dass die Schülerinnen und Schüler in deutlich kleineren Klassen unterrichtet werden sollten, damit die Lehrkräfte dem einzelnen Kind mehr Zeit widmen können.
20 Prozent sprechen sich für Klassen mit maximal 16 Schülerinnen und Schülern aus. Etwa die Hälfte der Befragten (48 Prozent) wünscht sich eine Klassengröße von maximal 20 Schülerinnen und Schülern und ein Viertel (26 Prozent) ist der Meinung, dass die Schülerinnen und Schüler in Klassen mit bis zu 24 Schülerinnen und Schülern unterrichtet werden sollten. Für Klassen mit bis zu 27 Schülerinnen und Schülern sprechen sich nur sehr wenige (2 Prozent) aus.
Fast niemand (2 Prozent) ist der Meinung, dass die Klassen nicht deutlich verkleinert werden sollten.
Eltern, deren Kind ein Gymnasium besucht, sprechen sich etwas seltener für Klassen mit maximal 16 Schülerinnen und Schülern und etwas häufiger für Klassen mit bis zu 24 Schülerinnen und Schülern aus als der Durchschnitt.

Mehr finanzielle Mittel für bessere Ausstattung der Schulen

Die Schulträger und das Land Baden-Württemberg sollten mehr finanzielle Mittel in eine bessere Ausstattung der Schulen und mehr Lehrkräfte investieren, auch wenn dafür andere Projekte des Landes oder der Kommunen zurückstehen müssen

	ja %	nein %
insgesamt	**94**	**3**
Klassenstufe des Kindes		
1. bis 4. Klasse	95	3
5. bis 7. Klasse	93	4
8. bis 10. Klasse	97	0
11. bis 13. Klasse	95	3
Schulform des Kindes		
Grundschule	95	3
Haupt-/Realschule/GMS	92	3
Gymnasium	95	2
berufliche Schulen	95	4
Geschlecht des Befragten		
Männer/Väter	93	4
Frauen/Mütter	96	1

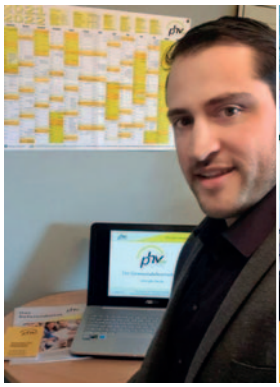
94 Prozent der befragten Eltern sind der Ansicht, dass die Schulträger und das Land Baden-Württemberg mehr finanzielle Mittel in eine bessere Ausstattung der Schulen und mehr Lehrkräfte investieren sollten, auch wenn dafür andere Projekte des Landes oder der Kommunen zurückstehen müssen.
Nur 3 Prozent der befragten Eltern sehen das anders.
In allen betrachteten Gruppen fällt die Meinung dabei einhellig aus.

Landespressekonferenz

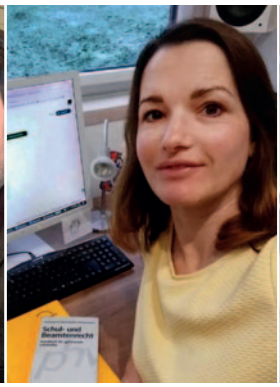
'2 Jahre Corona'

>> Der PhV BW bei der Landespressekonferenz

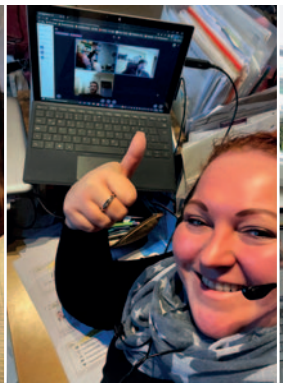
» Die JuPhi der einzelnen Bezirke im digitalen Einsatz



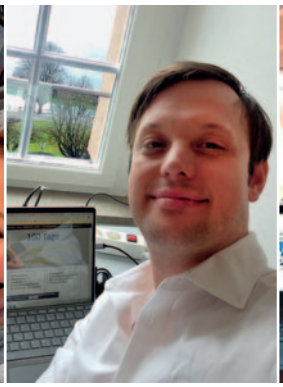
▲ Mathias Fuchs



▲ Stephanie Gutgsell



▲ Martina Scherer



▲ Maximilian Röhricht

▲ Pascal Maucher

Die JuPhi zu Beginn des Jahres

Seminarvorstellung

Im Januar konnten die Seminarvorstellungen bei den Referendarinnen und Referendaren leider wieder nur digital stattfinden. Wir, die JuPhi, waren mit unseren Präsentationen in allen Bezirken und den gelben Taschen mit Schul- und Beamtenrecht sowie einer Fülle an Informationen über unseren Verband wieder sehr gut vorbereitet. Neben den JuPhi der Bezirke waren auch die Mitglieder der geschäftsführenden Vorstände der Bezirke im Einsatz. Wir möchten allen Mithelfenden an dieser Stelle ein großes Dankeschön aussprechen. Jahr für Jahr treten Sie bei den Seminaren auf, vertreten und bewerben uns mit Herzblut, Engagement und tragen die Vorteile des Philologenverbandes Baden-Württemberg weiter.

Leider war der Wermutstropfen in diesem Jahr noch größer als 2021. Die Eintrittszahlen der neuen Referendarinnen und Referendare sanken in den Keller. Trotz des großen professionellen Engagements und Einsatzes mit einem Werbefilm, Vorträgen und teilweise großen Informations- und Fragerunden über den PhV gelang es uns nicht, über die digitalen Formate viele neue Mitglieder zu gewinnen.

Da sind nun SIE gefragt! Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Liebe Mitglieder, liebe Schulvertreterinnen und Schulvertreter, bitte versuchen Sie an Ihren Schulen auf die neuen Referendarinnen und Referendare und auch neu eingestellte junge Lehrkräfte zuzugehen. Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit für ein Gespräch, indem Sie von uns, dem PhV, erzählen können. Sie hatten alle Ihre Gründe für eine Mitgliedschaft bei uns. Bitte tragen Sie diese weiter! Wir, der Philologenverband stellen in den Personalvertretungen wie BPR und HPR die Mehrheiten dar, dort versuchen wir uns für Ihre Belange stark zu machen. Im Februar gelang es uns zum Beispiel über diese Vertretungen endlich einen weiteren Korrekturtag für das Abitur zu erkämpfen, durch ein Gerichtsurteil. So etwas kann man als Einzelkämpfer ohne Verband nicht erreichen. Die Schulvertreterinnen und Schulvertreter vor Ort haben Werbematerialien, die Sie weitergeben können und sie erhalten immer die neuesten Informationen aus der Arbeit des PhV. Sprechen Sie unsere professionelle Rechtsberatung an, unseren Newsletter, unsere Fortbildungsangebote (auch über die Dachverbände), unsere Versicherungsangebote, die Abituraufgaben im internen Mitgliederbereich, die ÖD Vorteilswelt, die dbb Vorteilswelt oder unseren Instagram Auftritt unter juphi_bw.

Das sind nur einige unserer Vorzüge und wir würden uns sehr freuen, wenn Sie darüber sprechen und uns damit unterstützen würden. Danke Ihnen!

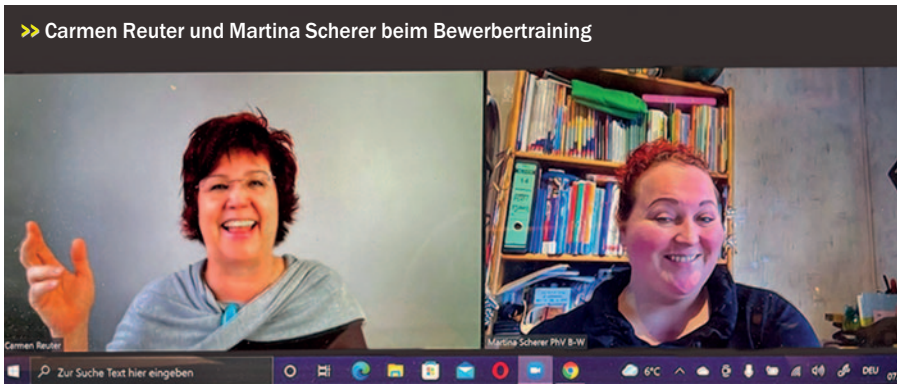
100 Tage eigenständiger Unterricht

Mit dem Start in das neue Jahr setzten die JuPhi ihre Reihe an digitalen Formaten für die Referendarinnen und Referendare fort. Diese Veranstaltungen wurden mit Corona ins Leben gerufen und stellen einen Mehrwert für die jungen Lehrkräfte dar.

Ein Mittwochabend beschäftigte sich mit den Themen Informationen zu den Ausschreibungsrunden, dem Listenverfahren und dem Privatschuldienst.

Es war ein digitales Großaufgebot aller Bezirks-JuPhi und deren Stellvertretenden, was diesen Abend für die Teilnehmenden sehr exklusiv werden ließ. In direkter Ansprache konnten persönliche Fragen zur Stellensituation beantwortet werden.

Zweimal pro Jahr bieten die JuPhi diesen digitalen Austausch für die Referendarinnen und Referendare an, im Frühjahr wird wieder ’100 Tage im Referendariat’ angeboten.



>> Carmen Reuter und Martina Scherer beim Bewerbertraining

Bewerbertraining

Im Februar fand das alljährliche Bewerbertraining der JuPhi statt. Aufgrund der pandemischen Situation wich man erneut auf ein digitales Format aus. Somit trafen sich Referendarinnen und Referendare aus ganz Baden-Württemberg.

Die Coach – und darauf besteht Carmen Reuter (www.carmenreuter.de) – leitete wie gewohnt professionell durch das Training. Es wurde keine Zeit verloren. Nach kurzem Ankommen und einem Ausblick in die Stressforschung mit dem Trierer Stresstest zeigte unsere Referentin den Teilnehmenden, wie man mit bzw. durch emotionale Stressreduktion (ESR) schwierige Situationen bewältigen und sich auf Stresssituationen vorbereiten kann.

Körpersprache und Mimik wurden angesprochen, dies jedoch mit den relativ kleinen Bildausschnitten im digitalen Coaching zu üben, war nicht ganz so einfach, da vom Körper ja nicht allzu viel zu sehen war, aber das war allein dem Format geschuldet. Inhaltlich begab man sich dann in die Mindset-Forschung von Carol Dweck und es wurden zwei Arten von Selbstbildern besprochen: Mindgrowth (dynamisches Selbstbild) und Fixed Mindset (statisches Selbstbild).

Vor einer erfolgreichen Bewerbung steht nun, dass man sich erst mal mit dem Produkt, das beworben werden soll, auseinandersetzt. In diesem Falle ist das Produkt die eigene Persönlichkeit, die Persönlichkeit als Lehrperson und selbstverständlich sind es auch die individuellen Skills, die jeder mitbringt.

Mit folgenden Leitfragen ging es weiter: Was braucht die Welt? Was braucht die Schule? Bist Du die Lösung? Oder bist Du Teil meines Problems?

Der Höhepunkt des Workshops war die Simulation der Bewerbersituation, die in Präsenz und digital in Kleingruppen stattfand und in der die Teilnehmenden sich Feedback gaben. Carmen Reuter und Martina Scherer konnten auch persönlich beraten. Die beiden haben sich die letzten vier Jahre als Team gut eingespielt in diesem Coaching.

Allen Referendarinnen und Referendaren wünschen wir viel Erfolg bei der Stellensuche!

>> Die bbwjugend hat sich auf Instagram bei Martina Scherer bedankt und verabschiedet

Dankeschön an die JuPhi

Ich möchte mich hier bei meinem Team der JuPhi bedanken und bei allen, die zu unseren Treffen gekommen sind!

Ich erinnere mich sehr gern an alle unserer Treffen zurück, sei es in der LGS, im Landtag, in der Schweiz in St. Gallen, beim Bodenseetreffen an unterschiedlichen Orten, bei der bbwjugend, bei den Bundes-JuPhi beim DPhV oder bei Vorträgen aller Art gewesen, die wir oder ich als Landes JuPhi besuchen durften.

Gemeinsam mit euch konnte ich einiges aus den laufenden Aufgaben und der Arbeit der JuPhi übernehmen, aber auch viel Neues auf die Beine stellen: Bewerbertraining, Pressemitteilungen, Klausurtagungen, Positionspapiere der JuPhi, Podcast, Threema Gruppe, Instagram Auftritt (juphi_bw), Videos, digitale Formate: '100 Tage im Referendariat' oder '100 Tage eigenständiger Unterricht' und noch vieles mehr.

Ich wünsche Euch gutes Gelingen in der Zukunft!

Sei dabei, melde Dich bei laura.schoenfelder@phv-bw.de. **Martina Scherer**

>> Teilnehmende bei der Fortbildung für BfC des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Land an Gleichberechtigung nicht interessiert?

Die Evaluation des Landes-Chancengleichheitsgesetzes belegt, dass die Gesetzesnovelle seit 2016 kaum Verbesserungen für Landesbedienstete brachte. Der Philologenverband übt deutliche Kritik, auch weil Beauftragte für Chancengleichheit alleingelassen werden.

Claudia Grimm
Referentin des Landesvorstands für Gleichberechtigung, Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Evaluation des Chancengleichheitsgesetzes (ChancenG) war für das Frühjahr 2020 vorgesehen und wurde nun endlich vom Sozialministerium vorgelegt. »Die Ergebnisse sind für das Land blamabel und für die Lehrkräfte im Land leider altbekannte Tatsachen«, beklagt Karin Fetzner, stellvertretende Landesvorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg (PhV BW) und selbst lange Jahre Beauftragte für Chancengleichheit an ihrem Gymnasium. »Obwohl das gymnasiale Lehramt zunehmend weiblich wird, findet keine entsprechende Repräsentanz von Frauen im Führungsbereich statt, insbesondere nicht bei den Schulleitungen.« Mängel zeigen sich besonders an der Rolle der Beauftragten für Chancengleichheit (BfC), die die »Wächterin über das ChancenG« an den Schulen ist:

- Die Beauftragten für Chancengleichheit haben kaum zeitliche Ressourcen, sind in ihrer Tätigkeit auf sich allein gestellt und abhängig vom guten Willen der Leitungsebene. Machtmittel gibt es keine, institutionalisierte Möglichkeiten der Durchsetzung fehlen.
- In den nachgeordneten Bereichen der Ministerien scheint die Wahrnehmung der Aufgabe als BfC gar ein Karriere-Hemmnis zu sein; die BfC wird vielfach als Gegenspielerin wahrgenommen.

Fazit der Evaluation des ChancenG von 2016: Die Gesetzesnovelle von 2016 hat kaum Fortschritte gebracht und den Beauftragten für Chancengleichheit einen Bärendienst erwiesen.

Der Philologenverband Baden-Württemberg schließt sich konkreten Handlungsempfehlungen der Studie an: Tiefgreifende Änderungen des Chancengleichheitsgesetzes und der Verwaltungspraxis sind zwingend!

1. Stärkung der BfC: Sanktions- und Kontrollmöglichkeiten sowie klare Regelungen und Strukturen der Beteiligung müssen etabliert, die Ressourcen aufgestockt werden.
2. Die Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle zu Fragen der Gleichberechtigung, zum Beispiel einer Ombudsstelle, ist dringend notwendig.
3. Die Weiterbildung von Führungskräften in Fragen der gesetzlichen Regelungen zu Gleichberechtigung, Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wichtig und muss vom Dienstherrn geleistet werden.
4. Eine transparentere und vergleichbarere Erfassung der Daten im Bereich der Personalstatistik ist unabdingbar.

Weitergehende Forderungen hat der Philologenverband Baden-Württemberg im Rahmen einer Resolution zur Gleichstellung bereits im vergangenen Dezember mit großer Mehrheit verabschiedet *(s. GBW 1-2/2022, S. 8/9)*.

Es geht um mehr

Bei der Novelle des Chancengleichheitsgesetzes 2016 – federführend war damals das Sozialministerium – wur-

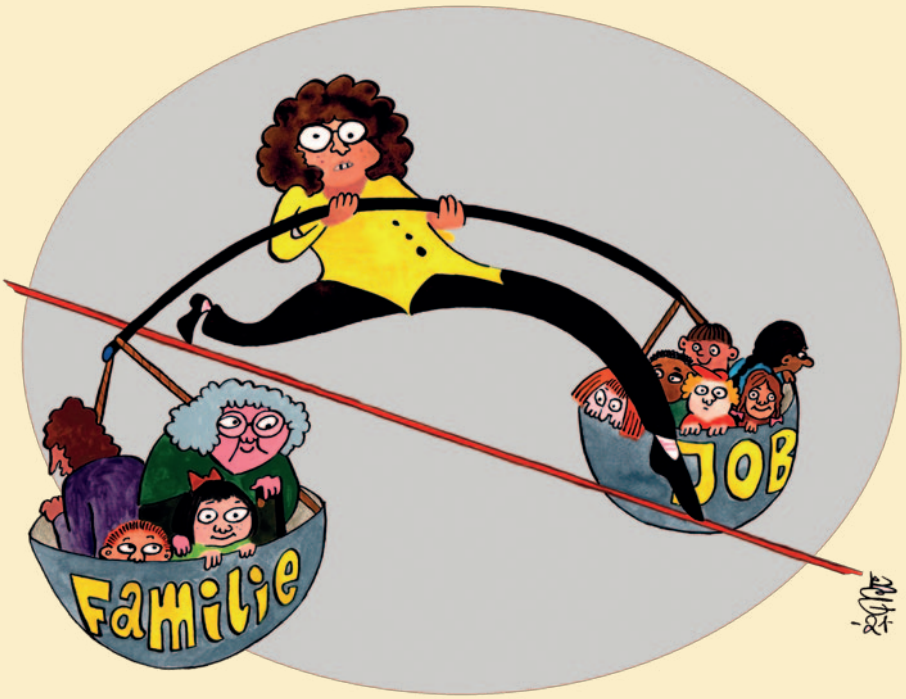
den erstmals die Kommunen in das Gesetz integriert. Daher standen diese auch bei der Evaluation verstärkt im Fokus.

Aus Sicht der Referentin für Gleichstellung und Gleichberechtigung im PhV-Landesvorstand, Claudia Grimm, hätte die Evaluation viel weiter gehen und auch dezidiert die Situation an den Schulen in den Blick nehmen müssen: »Schulen sind ein Mikrokosmos der Gesellschaft, dort werden Heranwachsenden auch Rollenbilder und Werte vermittelt. Wenn Rollenvorbilder fehlen, wirkt sich das auf folgende Generationen aus.«

Es fehlen Daten und klare Zielsetzungen

Aus Sicht von Claudia Grimm müsste bei einer Evaluation schon der Titel des Gesetzes auf den Prüfstand: »Geht es um Chancengleichheit? Nein, es geht um *Gleichberechtigung*. Das ist nicht dasselbe. *Quantitative Gleichberechtigung* kann man ganz konkret fassen: Gleiches Geld für gleiche Arbeit.« Martina Scherer, stellvertretende Landesvorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg, ergänzt: »Noch heute gilt in der Praxis, dass zwar die Stundenzahl für den Unterricht reduziert werden kann, aber häufig nicht die vielen Aufgaben außerhalb des Klassenzimmers, die eine Lehrkraft zusätzlich zu erledigen hat. Das bedeutet: Teilzeitkräfte leisten unbezahlte Arbeit.«

Qualitative Gleichberechtigung muss ebenfalls angestrebt werden. Gemeint ist damit eine Kultur der **Anerkennung** und **Teilhabe** sowie der **Repräsentation** – nicht zuletzt im Bereich Führung. Karin Fetzner kritisiert, dass das Land zentrale Fragen bislang nicht stellt: »Warum sind Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert? Warum ist Teilzeit noch immer vorwiegend weiblich?« Martina Scherer konstatiert: »Das Land scheint in Fragen der Gleichberechtigung nicht sehr motiviert. Auf die aktuelle statistische Erfassung der Situation an den Gymnasien warten wir seit 2020 vergeblich.«



Karikatur: Artur Schäfer

Hintergrund

ChancenG – Neuerungen seit 2016

Die Novelle des Chancengleichheitsgesetzes brachte für Landesbedienstete und insbesondere für die an den meisten Gymnasien existierenden Beauftragten für Chancengleichheit (BfC) durchaus Neuerungen. Diese sind aber wenig zielführend für die tatsächliche Durchsetzung von Gleichberechtigung – insbesondere deshalb, weil den BfC nur Beteiligungs- und Beanstandungsrechte zustehen.

Die BfC als Wächterin über ChancenG oder 'Frauenvertretung'?

Einerseits ist die BfC vor allem Ansprechpartnerin der Lehrerinnen, kann jährlich Frauenversammlungen durchführen (vgl. § 20 ChancenG) und soll die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungsaufgaben im Blick haben.

Andererseits ist die BfC dem Schulleiter *unmittelbar zugeordnet und hat ein unmittelbares Vortragsrecht* (§ 18 Absatz 1 ChancenG). Die Beauftragte für Chancengleichheit ist sozusagen Wächterin über die Einhaltung des ChancenG *und unterstützt die Dienststellenleitung bei dessen Umsetzung* (§ 20 Absatz 1 ChancenG). Dies setzt aber voraus, dass die Dienststellenleitung dies auch zulässt.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: keine 'Frauenfrage'

Genau genommen werden im ChancenG zwei verschiedene Aspekte unter 'Beruf' vereint: Zum einen geht es um 'Karriere' und zum anderen um die Vereinbarkeit von Familie und Unterrichts- und weiterer dienstlicher Verpflichtungen. Frauen soll also einerseits der Zugang zu Beförderungsstellen erleichtert werden, andererseits soll die berufliche Tätigkeit grundsätzlich mit Familienaufgaben vereinbar sein – für Frauen und Männer (vgl. § 29 ChancenG): **Sowohl Frauen als auch Männer haben ein Recht auf *familien- und pflegegerechte Arbeitszeit*.** Auch Teilzeitbeschäftigung sowie Beurlaubung zur Wahrnehmung von Familien- oder Pflegeaufgaben sind hier gemeint (vgl. § 30 ChancenG). Wichtig ist, dass es sich um zwei getrennte Paragraphen handelt, Vollzeitbeschäftigte also auch ein Recht auf *familien- und pflegegerechte Arbeitszeit* haben. **Ergo ist die BfC Wächterin für die Rechte beider Geschlechter, egal ob Teil- oder Vollzeitkraft!**

Thema aktuell

heute: CDU

Förderung von Begabung und Einforderung von Leistung

von **Dr. Alexander Becker, MdL**

Den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wird unser Schulsystem nur gerecht, wenn wir es leistungsgerecht weiterentwickeln. Wir wollen Begabung und Talent fördern, Leistungsbereitschaft einfordern und Leistungswillen trainieren.

Das Gymnasium bleibt unter den Schularten das, was das Einfamilienhaus unter den Wohnformen ist: von vermeintlich Progressiven geschmäht, gleichwohl ein Sehnsuchtsort von Eltern im Land. Im Schuljahr 2021/2022 stieg die Übergangsquote auf das Gymnasium im Landesschnitt auf 44,1 Prozent an, mit unterschiedlicher regionaler Ausprägung: in Stuttgart 57,4 Prozent, in Baden-Baden 59,5 Prozent und im Hohenlohekreis 30 Prozent. Zu vermuten ist, dass auch die Breite des schulischen Angebots (Profile und Wahlmöglichkeiten) und die Länge des Schulwegs vor Ort Entscheidungskriterien sein könnten. Die hohe Übergangsquote auf das Gymnasium als faktischer Regelschule stellt einen Handlungsbedarf für die Politik dar. Mehr denn je erscheint ein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten angezeigt, mit G8 und G9.

Zur differenzierten Beschulung gehört für uns als CDU die Förderung begabter und leistungsaffiner Schülerinnen und Schüler. Die Leistungsspitze in BW ist im nationalen und internationalen Vergleich mittlerweile zu gering ausgeprägt. Dabei sollten wir den Leistungs- und Begabungsbegriff sinnvoll operationalisieren. Es ist richtig und wichtig, Angebote für die *Hoch*begabten zu unterbreiten. Dazu nehmen wir uns in der Wahlperiode einiges vor, in der Weiterentwicklung des Landesgymnasiums in Schwäbisch Gmünd, dem neuen MINT-Gymnasium in Bad Saulgau und den Hochbegabtenzügen.

Neben der absoluten Hochbegabung wollen wir einen erweiterten Begriff verwenden und für eine davon umfasste Zielgruppe von etwa fünfzehn bis zwanzig Prozent der Schülerinnen und Schüler passende Angebote entwickeln. Der Aufwuchs der Begabtenförderung darf strukturpolitisch nicht dem Bibelwort *»Wer hat, dem wird gegeben«* folgen, indem einseitig die Ballungsräume profitieren. Das ist weder das schulpolitische noch das ordnungspolitische Verständnis der CDU-Fraktion. Es geht explizit auch um Angebote für den Ländlichen Raum. Als ein Beispiel kann das Christophorus-Gymnasium mit musischem Profil in Altensteig im Landkreis Calw genannt werden. Die Förderung von Begabung im Bereich Musik hat hier auch eine starke Auswirkung auf die Arbeit der Laien- bzw. Kirchenchöre in der Region.

Die Digitalisierung der Schulen muss ebenfalls vorangehen. Im Fokus stehen lernwirksame Lehr-Lern-Settings und eine dazu korrespondierende, leistungsfähige Ausstattung mit Hard- und Software: der Lehrenden und Lernenden sowie der Unterrichtsräume. In der Corona-Pandemie sind wir um einiges weitergekommen; manches wurde möglich gemacht, was zuvor noch undenkbar war. Gerade für die zielgerichtete Förderung werden digitaler Unterricht und der Einsatz digitaler Medien in Zukunft immer wichtiger sein. Eine datenbasierte Lerndiagnostik kann dann auch helfen, Übergänge besser zu gestalten. Wir sind aber längst nicht dort, wo wir hinwollen und andere Staaten bereits sind.

Die Flüchtlingsbewegungen durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine erreichen auch die Schulen in Baden-Württemberg. Dabei stellen wir fest, dass die Ukraine uns im Bereich des digitalen Unterrichts einige Schritte voraus ist. So bietet die All-Ukrainian School eine Plattform für Fern- und Blended-Learning für Schüler der Klassenstufen 5 bis 11, nebst Unterstützung für Lehrkräfte. Die im Auftrag des ukrainischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft aufgebaute Plattform enthält Video-Tutorials, Tests und Materialien zum selbstständigen Arbeiten in 18 Fächern. Die Bildungsinhalte entsprechen den staatlichen Bildungsprogrammen und ihre Qualität wird vom ukrainischen Institut für Bildungsentwicklung geprüft.

Damit unser Qualitätsversprechen eingelöst werden kann, muss auch die Unterstützung der Schulleitungen und Lehrkräfte durch IBBW und ZSL ausgebaut und spürbar verbessert sowie Strukturen und Verwaltungsabläufe angepasst werden. Für uns ist die Rückmeldung aus der Praxis und damit der Dialog mit Lehrer-Verbänden wie dem Philologenverband sehr wichtig.

Ich freue mich auf den weiteren inhaltlichen Austausch und die gemeinsam vor uns liegenden Aufgaben. Vor allem aber möchte ich nicht versäumen, Ihnen, den vielen engagierten Lehrkräften und Schulleitungen, für Ihr Engagement in schwieriger Zeit zu danken.

>> Die Teilnehmenden der Schulvertreterversammlung Nordbaden

Schulvertreterversammlung im Hybridformat

Nach der reinen Online-Veranstaltung im letzten Jahr tagten die Schulvertreterinnen und Schulvertreter des PhV-Bezirks Nordbaden diesmal am 10. und 11. März im Hybridformat. Etwa dreißig Kolleginnen und Kollegen hatten sich traditionell im Haus der Kirche in Bad Herrenalb eingefunden, eine ähnlich große Zahl war online zugeschaltet. Dank dem ausgezeichneten von der Tagungsstätte zur Verfügung gestellten Equipment zur Bild- und Tonübertragung waren auch die von zuhause zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer stets gut im Bild und konnten sich auch durch eigene Beiträge in die Tagung einbringen. Die Abstimmungen konnten mit dem Abstimmungstool der Firma Votingtech erneut zügig und korrekt durchgeführt werden.

Die vor Ort Anwesenden freuten sich, bestehende Kontakte auffrischen und neue Kontakte knüpfen zu können. Auf diese Weise konnten in Gesprächen zwischen und nach den Vorträgen auch viele individuelle Fragen geklärt werden. Der Bezirksvorstand erhielt dadurch viele wertvolle Anregungen und konnte das vielfältige Engagement der Schulvertreterinnen und Schulvertreter wahrnehmen.

Im Bericht des Vorstands ging der Bezirksvorsitzende **Björn Sieper** zunächst auf die viele Corona-bedingte zusätzliche Arbeit der Lehrkräfte ein und kritisierte gleichzeitig, dass das Kultusministerium darüber hinaus weitere vermeidbare Zusatzarbeit durch geplante Änderungen an verschiedenen Stellen erzeuge. Er kommentierte solche Vorhaben mit den Worten: »Wir bräuchten nicht neue Curricula, sondern Zeit, um in Ruhe zu arbeiten.«

Sieper betonte, dass der Bezirksvorstand auch im letzten Jahr häufig tagte, wenngleich dies in der Regel online geschah. **Martina Scherer** ergänzte als stellvertretende Bezirksvorsitzende den Bericht durch einen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten im vergangenen Jahr.

Bezirksrechner **Thomas Schwan** erläuterte ausführlich die Ausgaben des abgelaufenen Haushaltsjahres. Diese waren durch den Entfall vieler Präsenzveranstaltungen wesentlich geringer als in den Jahren vor der Pandemie, so dass satzungsgemäß eine hohe Rückführung an den Landesverband erfolgen konnte. >>

>> Björn Sieper (Vorsitzender des Bezirks Nordbaden)

>> Martina Scherer referiert auf der Schulvertreterversammlung

>> Helmut Hauser (Referat Pensionäre)

>> Ralf Scholl (Vorsitzender des PhV BW) berichtet

Im Haushaltsplan für das Jahr 2022 kalkulierte er für die im Herbst geplante ÖPR-Schulung, dass diese in Präsenz stattfinden kann.

Entsprechend der Empfehlung der Kassenprüfer wurde Thomas Schwan nach deren Bericht einstimmig bei wenigen Enthaltungen entlastet. Ebenso einvernehmlich erfolgte die Entlastung des gesamten Bezirksvorstandes.

In seinem Bericht aus dem Referat Senioren stellte **Helmut Hauser** schwerpunktmäßig den Seniorenverband Öffentlicher Dienst BW vor, dem unsere Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand automatisch angehören. Sie können damit von allen Leistungen dieses Verbandes, insbesondere von einer zielgruppenspezifischen Rechtsberatung, profitieren.

Im Mittelpunkt der Ausführungen des Juphi-Bezirksvorsitzenden **Mathias Fuchs** stand die Darstellung des von den Jungen Philologen erarbeiteten 5-Punkte-Plans und des 10-Punkte-Programms mit zahlreichen berufspolitischen Forderungen. Außerdem stellte er Projekte wie eine Podcast-Serie, die Videos der 'my simple show' und den Instagram-Account vor, mit dem die Jungen Philologen eine Vorreiterrolle für den Gesamtverband einnehmen.

Brigitte Beyrich gab einen Überblick über spezielle die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffende Themen.

Schulrechtsfragen waren das Thema eines Vortrags von **Dr. Thomas Böhm**, der über viele Jahre als Dozent für das Seminar für Lehrerfortbildung in Essen tätig war und auch zahlreiche Publikationen zum Schulrecht veröffentlicht hatte. Schwerpunkt seiner Ausführungen war die Aufsichtspflicht, die er an zahlreichen Fallbeispielen erläuterte. Ebenso thematisierte er den Begriff der 'pädagogischen Freiheit', die insbesondere im baden-württembergischen Schulgesetz nicht gesichert sei. Den Ermessensspielräumen der einzelnen Lehrkräfte aus ihrer pädagogischen Verantwortung herrührend stehe das Weisungsrecht der Schulleitungen gegenüber. Hier sei im Einzelfall abzuwägen.

Ergänzend hierzu stellte der Bezirksvorsitzende Björn Sieper die Rechtsstellung der verschiedenen schulischen Konferenzen und deren Zuständigkeiten dar. Bei Interesse kann dieser Vortrag auch bei Personalversammlungen von Sieper oder anderen Mitgliedern des Bezirksvorstands an den Schulen gehalten werden. Weitere Vortragsthemen wären zum Beispiel 'Pensionierung', 'MAU' sowie 'Elternzeit und Teilzeit'. Bei entsprechendem zeitlichem Vorlauf sind die Mitglieder des Bezirksvorstands auch bereit, zu anderen angefragten Themen zu referieren.

Über die aktuellen im Hauptpersonalrat anstehenden Themen informierte der HPR-Vorsitzende **Jörg Sobora**. Er bemängelte, dass der HPR oft bei Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung nicht beteiligt wurde. Wegen weiterer strittiger Maßnahmen, wie zum Beispiel die Distribution der Abituraufgaben und die Umschlagstermine der Abiturkorrekturen, seien einige Beschlussverfahren am Laufen, weitere zu aktuellen Themen seien ins Auge gefasst.

Ltd. RSDin **Dagmar Ruder-Aichelin** informierte zum Abschluss der Tagung traditionsgemäß über die letzte Einstellungsrunde, Stellenausschreibungen, Möglichkeiten der Beförderungen nach A14 und andere Themen. Problematisch sei, dass derzeit keine Vertretungslehrkräfte verfügbar seien, so dass bei Krankheit, Mutterschutz und Elternzeit von Lehrkräften ein Stundenausfall nicht überall vermeidbar sei. Ruder-Aichelin brachte ausdrücklich ihre Wertschätzung für die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen in dieser von der Pandemie geprägten Zeit zum Ausdruck. Sie schloss mit aktuellen Informationen aus dem Ministerium zu den (möglicherweise wegfallenden) Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und zum Umgang mit den zu erwartenden Schülerströmen von Flüchtenden aus der Ukraine.

Helmut Hauser

>> Die Leitende Regierungsschuldirektorin Dagmar Ruder-Aichelin berichtet aus dem Referat 7 des RP Karlsruhe

>> Brigitte Beyrich ist Arbeitnehmervertreterin im Bezirk Nordbaden

>> Dr. Thomas Böhm

>> Jörg Sobora (Vorsitzender des Hauptpersonalrats)

Teachers Day
10. Mai 2022
Teilnahme kostenlos!

KLIMA ARENA
DER KLIMA-ERLEBNISORT

Den Unterricht zum Erlebnis machen?

Erlebe, was du tun kannst.

Unser Workshopangebot macht den Klimawandel spielerisch begreifbar und regt zu praktischem Handeln an. Einfach den QR-Code scannen, um mehr zu erfahren!

Bei Fragen:
07261 144 11 75
bildung@klima-arena.de

GEFÖRDERT DURCH
Dietmar Hopp Stiftung

Social media – Fluch oder Segen?

Martina Scherer, stellvertretende Landesvorsitzende des Philogenverbandes Baden-Württemberg, hat sich bei zwei Veranstaltungen mit Instagram, Snapchat, TikTok & Co auseinandergesetzt.

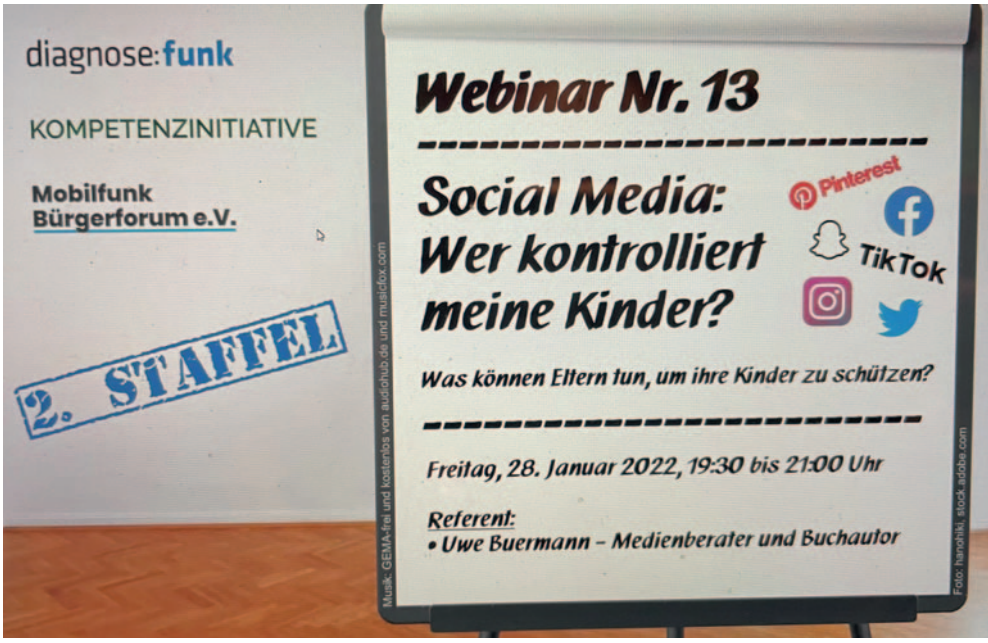
Bei dem webinar von diagnose:funk Social media – Wer kontrolliert meine Kinder? ging der Referent Uwe Buermann (http://www.erziehung-zur-medienkompetenz.de/) auf einige grundsätzliche Tatsachen von Big Data ein. Der Medienpädagoge aus Berlin erläuterte kurz und knapp die Funktionsweise von Google und wie dort unsere Daten 'abgesaugt' werden.

Buermann startete mit einem kurzen Blick zurück in das Jahr 1994, in dem das Internet noch anders war. Es war vor allen Dingen teuer. Die Nutzung musste pro Minute bezahlt werden, da sei es quasi unvorstellbar gewesen, Webinare, Musik oder Filme zu streamen. Das Internet in diesen ersten Jahren habe einem wahren Paradies geglichen und in den ersten Foren seien die Antworten eigentlich auch noch ehrlicher Natur gewesen.

1998 startete Google und laut Uwe Buermann begann damit ein Denkfehler, unter dem wir bis heute alle leiden – das kostenlose Internet. Da jedoch nichts umsonst ist, begann die Bezahlung mit einer anderen Währung, mit Werbung, und ab 2000 mit der personalisierten Werbung.

Mit der Seite myactivitiy.google.com kann jeder seine persönlichen Suchanfragen in chronologischer Reihenfolge anschauen und sieht, was er oder sie ab 2016 jemals in die Suchzeile eingegeben hat. Und nun stellen Sie sich mal vor, was da zusammenkommt, wenn Sie ab der 3. Klasse auch schon in der Schule ausschließlich Google nutzen.

Uwe Beurmann stellte nun ganz ketzerisch die Frage in den Raum, wieso es nun schlimm oder schlecht sein sollte, dass ich für mich die passende Werbung vorgeschlagen bekomme? Das sei doch toll! Ich bekomme empfohlen, was ich sowieso brauche. Aber seiner Meinung nach werden die Userinnen und User nur



noch einseitig und nicht mehr unabhängig und neutral informiert. Es entsteht eine Internetblase und er nennt diesen Mikrokosmos das aktuelle 'Deppentum'.

Als Alternativen hat er folgende Vorschläge: anstatt Google die Suchmaschine Duckduckgo zu nutzen. Anstatt WhatsApp als Alternative Signal zu nutzen, denn oft ist bereits im beruflichen Kontext WhatsApp auch schon untersagt. Alternativen sind da, sie müssen nur genutzt werden.

Was legt er nun den Eltern im Umgang mit ihren Kindern und social media ans Herz? Eine authentische, liebevolle Begleitung durch die Eltern sei essentiell. Nur mit klaren Verabredungen könne man verhindern, dass die Kinder nicht im 'Dschungel' des Internets verloren gehen.

»Keine Ahnung ist keine Option!«

Und das ist die Schnittstelle zum zweiten Referenten zum Thema social media. Tobias Bücklein (https://www.buecklein.de/), Musiker, Moderator, Pädagoge und Medienproduzent wurde von Martina Scherer am 3. Februar 2022 in Kooperation mit der Reinhold Meier Stiftung und dem Hospitalhof Stuttgart interviewt. Als Vater eines bekannten YouTubers (@dieseroskar) wurde Tobias Bücklein (@dieserdad), inzwischen selbst mit 15 000 Followern auf TikTok, YouTube und Instagram unterwegs, mit den Gefahren, Herausforderungen, aber auch Chancen von social media konfrontiert.

Für ihn war Wegschauen keine Option, daher ist er gemeinsam mit seinem Sohn in das Medium hineingewachsen und hat nun zwei Bücher zu diesem Thema geschrieben. Er versucht auf Gefahren ganz deutlich hinzuweisen, nicht nur was unsere Daten angeht. Er zeigte zu Beginn der Veranstaltung ganz deutlich, dass das Internet unerschöpflich ist. Sobald Kinder ein Smartphone in der Hand halten – ohne Begleitung von Erwachsenen, ohne die passende Einstellung am Smartphone, Tablet oder PC – können sie alles, ja alles ungefiltert sehen. Er verglich das Internet an dieser Stelle mit einer Großstadt, in der es alles zu sehen und zu besuchen gibt, vom Kinderspielplatz über Einkaufsläden, Restaurants oder Kinos bis hin zu Bordellen. Und Eltern müssten entscheiden, ob sie das so ungefiltert zulassen wollen!

'Willkommen in Neuland' (erschienen 2019) zeigt und erklärt in einer Art Reisebericht die Entwicklung des Internets und der Mediennutzung der letzten zwanzig Jahre. Neuland ist für

Tobias Bücklein nicht nur negativ und mit Gefahren belastet. Er sieht in der Tatsache, dass die Konsumenten nun auch (mögliche) Produzenten sind auch Vorteile. Das riesige Zielpublikum ermögliche den Produzentinnen und Produzenten sich darzustellen, ihrer Kreativität freien Lauf zu lassen und auch die Chance, sich auszudrücken, wie man möchte. Die eingesetzten KIs lernten die Userinnen und User gut kennen und würden uns dann nur noch Vorschläge, die uns gefallen, die zu uns passen, bringen. Dieser Tatsache müsse man sich bewusst sein.

Zu den Risiken zählten unter anderem: das Speichern von Daten, das Tracking. Die permanente Verfügbarkeit könne auf unterschiedlichen Ebenen auch sehr belastend sein und natürlich stelle cybermobbing oder cybergrooming eine große Gefahr dar.

Für Eltern, die sich genau informieren möchten, hat er den Stiftung Warentest-Ratgeber 'TikTok, Instagram, Snapchat – sichere Begleitung von Kindern in Social Media' (erschienen 2021) geschrieben. In diesem Buch können Schritt für Schritt Anleitungen nachgelesen werden, wie man sich in den ganzen Apps zurechtfinden kann und welche Einstellungen zum Schutz für die Kinder sinnvoll sind.

Bei allen Vorteilen sieht er auch »die dunkle Seite«. Eltern haben einen Erziehungsauftrag und es sei unerlässlich, die Kontakte der Kinder im Auge zu behalten, man müsse sie vor falschen Identitäten im Netz schützen und vor cybergrooming bewahren. Keine Ahnung ist keine Option!

Am Ende möchte ich mit einem Absatz aus dem Vokabular der social media schließen.

Mit diesem Tutorial sollen ihre Q&A unter dem Hashtag #Neuland und social media in Teilen beantwortet werden. Meine Challenge war es, Ihnen die Seite eines Influencers ohne einen Prank und ohne die Hilfe eines Bots darzustellen.

Ich hoffe, der Artikel war nicht zu cringy, wenn doch, dann hoffe ich auf lol oder eine dm an mich. Atm und imo versuche ich doch irl mehr zu erleben und gehe nun afk. **Martina Scherer**

Digitale Souveränität im Kinderbuch

Ada & Zangemann – Ein Märchen über Software, Skateboards und Himbeereis

In ihrem gelungenen Buch machen Matthias Kirschner und Sandra Brandstätter Kindern und Jugendlichen Lust aufs Programmieren und vermitteln ihnen die Bedeutung von Programmierkunst, freier Software und digitaler Souveränität.

Die Autoren erzählen in ihrem liebevoll illustrierten Kinderbuch die Geschichte des sympathischen kleinen Mädchens Ada. Ada kommt aus einer armen Familie und lebt in der Nähe eines Schrottplatzes am Rande der Stadt. Zu ihrem Gegenspieler wird Zangemann, ein superreicher Erfinder, der am anderen Ende der Stadt lebt. Zangemann entwickelt immer neue Maschinen, zum Beispiel coole elektronische Skateboards mit Lautsprechern, Eismixmaschinen, Waschmaschinen, die eine Nachricht aufs Handy schicken, wenn die Wäsche fertig ist und dergleichen. Bald sind in fast allen Geräten des täglichen Bedarfs Zangemanns Computer eingebaut.

Erst freuen sich die Leute, denn die Erfindungen Zangemanns machen ihr Leben leichter und interessanter. Aber bald zeigt sich, dass Zangemann mit seinen Maschinen auch viele Informationen über die Nutzer seiner Erfindungen sammelt und die Geräte außerdem aus der Ferne kontrolliert, und zwar nicht immer im Sinne der Nutzer. So begrenzt er die Lautstärke seiner Musik-Skateboards und sorgt dafür, dass sie nicht mehr auf Gehwegen betrieben werden können. Das sorgt bei den Kindern für große Enttäuschung. Nach und nach schränkt Zangemann die Nutzung der von ihm erfunden Geräte immer weiter ein, weil er möglichen Missbrauch verhindern will. Dabei schießt er oft übers Ziel hinaus, zum Beispiel wenn er dafür sorgt, dass die von ihm entwickelten Lautsprecher nur noch seine Lieblingsmusik abspielen können, wenn er in der Nähe ist.

Matthias Kirschner und Sandra Brandstätter: **Ada & Zangemann**
Das schön illustrierte Buch ist eine spannende Lektüre für Kinder und Jugendliche ab etwa 8 Jahren. Es hat 48 Seiten und ist in Kooperation mit O'Reilly Media im dpunkt Verlag erschienen. Preis: 16,90 Euro | ISBN: 978-3-96009-190-5

Ada, die schon immer gern gewerkelt und gebastelt hat, entdeckt derweil in der Stadtbücherei ihre Leidenschaft fürs Programmieren, das sie sich mit einiger Mühe selbst beibringt. Sie entwickelt selbst kleine Software- und Hardware-Projekte und dann richtige eigene kleine Erfindungen. Schließlich schafft sie es, aus alten Bauteilen vom Schrottplatz ein programmierbares motorisiertes Skateboard zu entwickeln. Und dann gelingt es ihr sogar, die Einschränkungen der Zangemann-Skateboards zu überwinden, indem sie deren Software umprogrammiert. Die anderen Kinder sind begeistert und lernen von Ada, ihre Skateboards selbst zu programmieren. Schließlich sind die Kinder sogar in der Lage, den Skateboards ganz neue Funktionen einzuprogrammieren.

Das ist natürlich alles andere als im Sinne von Zangemann, vor allem, als die Kinder auch noch beginnen, seine anderen Maschinen im Sinne ihrer Nutzer umzuprogrammieren. Der Konflikt spitzt sich immer weiter zu – aber mehr soll an dieser Stelle nicht verraten werden!

Cord Santelmann, Referent IT/Medien im PhV BW

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR

Jörg Sobora, Vorsitzender | Andrea Pilz, Vorstandsmitglied | Ralf Scholl | Ursula Kampf | Anne-Elise Kiehn | Martin Brenner

Anne Käßbohrer | Cord Santelmann | Christian Unger | Björn Sieper | Stefanie Wölz | Konrad Oberdörfer

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich

Michael Belz

Der PhV im HPR und HPR asB

Beschulung von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen

Zur Zeit des Redaktionsschlusses waren bereits etwa 210 000 Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland angekommen und aufgenommen worden. Da es sich bei den Geflüchteten hauptsächlich um Frauen und Kinder handelt, besteht nun die Aufgabe, die Kinder und Jugendlichen in den Schulen zu beschulen und zu betreuen. Dies ist angesichts der Zahlen eine große Aufgabe. Im Moment ist es für das Kultusministerium schwer, konkret zu planen, da belastbare Zahlen zur Ankunft, Verteilung und zur Verweildauer schwierig sind. Bewährte Krisenstrukturen aus den Jahren 2015/2016 wurden reaktiviert. Das KM hat ein Portal eingerichtet, in dem sich Lehrkräfte und Menschen, die bei der Unterstützung der Geflüchteten helfen wollen, registrieren können. Es ist vorgesehen, sowohl VKL/VABO-Kapazitäten zu reaktivieren bzw. auszuweiten, als auch Konzepte zu erarbeiten, wie die Kinder und Jugendlichen möglichst schnell in die regulären Klassen integriert werden können. Die ukrainischen Behörden sind allerdings daran interessiert, dass die Kinder und Jugendlichen weiterhin den ukrainischen Unterricht besuchen können, sei dies durch die Teilnahme am Fernunterricht ihrer Heimatschulen oder durch den Unterricht durch ukrainische Lehrkräfte in Deutschland. Auch ukrainische Prüfungen und Abschlüsse sollen ermöglicht werden. Sicher werden die Schulen und vor allem auch die Gymnasien einen großen Beitrag zur Versorgung der Geflüchteten leisten müssen. Der HPR Gymnasien wird darauf achten, dass die Belastungen nach fast drei Coronaschuljahren nicht zu groß werden und Entlastungen und Vergütungen von Mehrarbeit und Mehrbelastungen erfolgen.

Förderprogramm ’Lernen mit Rückenwind’-Ferienband

Das Ferienband 2022 umfasst die Oster-, Pfingst-, Sommer- und Herbstferien 2022 und ermöglicht eine ergänzende Förderung der Schülerinnen und Schüler. Im Ferienband können allgemeinbildende und berufliche Schulen fachliche Förderangebote, soziale und emotionale Förderangebote sowie Prüfungsvorbereitungskurse umsetzen.

Ergänzend können, wie bisher auch, Bildungsgutscheine ausgegeben werden. Die Schulen entscheiden nach pädagogischem Bedarf vor Ort, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt Förderangebote für ihre Schülerinnen und Schüler stattfinden.

Das Programm ’Sommerschule’ wird durch weitere Standorte gestärkt und kann bei Interesse auch auf Angebote in den Pfingst- und Herbstferien erweitert werden (Ferienschule).

Die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch stehen weiterhin im Vordergrund der Förderung. Weitere maßgebliche Fächer können nach Entscheidung der Schule vor Ort einbezogen werden. Soziale und emotionale Förderangebote können eingesetzt werden, wenn sie einen engen Bezug zum Lernen bzw. dem Abbau von Lernrückständen haben. Möglich ist eine breite Spanne von Angeboten wie beispielsweise Lerncoaching, Bausteine aus der Lerntherapie, Erlebnispädagogik, Theaterpädagogik, Gewaltprävention, pädagogische Angebote aus dem Bereich der Musik und der Kunst, Entspannungstechniken etc.

Dem HPR Gymnasien war in diesem Zusammenhang wichtig, dass die Lehrkräfte an den Schulen nicht weiter belastet werden. Für die Förderangebote im Ferienband werden deshalb die außerschulischen Kooperationspartner aus dem Programm ’Ler-

Corona-pandemie

Auch wenn sich die Omikron-Variante und deren erste Untervariante als insgesamt weniger gefährlich gezeigt haben, ist nach Auffassung des HPR Gymnasien weiterhin Vorsicht geboten. Obwohl das Tragen von Masken viele Dinge im Unterrichtsalltag erschwert, ist es häufig noch notwendig *(Redaktionsschluss 21. März 2022)*, da das Einhalten von ausreichenden Abständen oft nicht möglich ist.

Im Moment beobachten wir auf Grund der noch steigenden Infektionszahlen, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen und Schülerinnen und Schüler in Quarantäne begeben müssen und der Unterrichtsalltag erheblich gestört ist. Dem HPR Gymnasien ist es dabei ein Anliegen, dass die an den Schulen verbliebenen Kolleginnen und Kollegen nicht über die Maßen Mehrarbeit und Mehrbelastungen ausgesetzt sind.

nen mit Rückenwind' eingesetzt. Die Umsetzung folgt den bisher bekannten Rahmenbedingungen im Kooperationsmodell.

Der HPR Gymnasien hat außerdem betont, dass auch geförderte Schülerinnen und Schüler das Recht haben, sich in Ferienzeiten zu erholen, und hier kein Druck aufgebaut werden sollte, solche Angebote um jeden Preis einzurichten. Schließlich hat der HPR auch auf die Belastung der Schulleitungen hingewiesen, die letztlich ebenfalls ein Recht auf Urlaub haben.

Lernmanagementsystem itslearning

Den HPR Gymnasien erreichten in letzter Zeit Anfragen, warum das Lernmanagementsystem itslearning noch nicht für die Gymnasien verfügbar sei. Das System kann noch nicht ausgerollt werden *(zur Zeit des Redaktionsschlusses)*, da der HPR Gymnasien noch nicht zugestimmt hat. Diese Zustimmung konnte bislang nicht erfolgen, da das Kultusministerium noch nicht umfassend Auskunft über Fragen des Datenschutzes erteilt hat. Da der Bereich der Schule ein besonders schützenswerter Bereich der Gesellschaft ist, in dem sensible personenbezogene Daten von Schutzbefohlenen verarbeitet werden, muss demnach dem Datenschutz besondere Beachtung zuteilwerden, auch wenn das in der besonderen Situation der Coronapandemie verständlicherweise Ärger hervorruft. Der Landesdatenschutzbeauftragte hat dem KM eine Liste mit zu bearbeitenden Aufgaben zukommen lassen, damit das wünschenswerte Niveau an Datenschutz erreicht werden kann. Auch hat der LfdI betont, dass er die Position des HPR Gymnasien nachvollziehbar und legitim findet.

Fortbildungen

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses können Fortbildungen wieder in Präsenz durchgeführt werden.

Jörg Sobora

Neue Vorsitzende gewählt

Für das Gremium des HPR asB vollkommen überraschend trat der langjährige Vorsitzende Martin Morgen (GEW) am 26. Januar 2022 aus persönlichen Gründen von seinem Amt als Vorsitzender zurück und wurde zum Monatsende in den Ruhestand versetzt. MD Hager-Mann dankte Martin Morgen in einer Coronabedingt leider nur 'kleinen' Feierstunde auf der Sitzung am 27. Januar 2022 für seinen langjährigen erfolgreichen Einsatz als Personalrat am Kultusministerium.

Martin Morgen hinterlässt in seiner Fraktion eine große Lücke. Nachdem auf Seiten der GEW aber offensichtlich versäumt wurde, rechtzeitig eine Nachfolge aufzubauen, konnte mit den Stimmen der BBW-Fraktion am 27. Januar 2022 Petra Schoch zur neuen Vorsitzenden gewählt werden. Petra Schoch war Schulamtsdirektorin am Staatlichen Schulamt Biberach und bringt für ihre neue Tätigkeit viel Erfahrung aus unterschiedlichen Schul(verwaltungs)bereichen mit. Wir gratulieren Petra Schoch sehr herzlich zu ihrer Wahl und wünschen ihr eine erfolgreiche Amtsführung.

Einen kleinen Erfolg für die Ausbildung an den Seminaren konnte der HPR asB zwischenzeitlich verzeichnen. Seit Anfang Februar ist nunmehr auf Antrag auch wieder eine präsentische Fachdidaktikausbildung möglich. Dies war vor allem in den Ausbildungsfächern mit praktischen Ausbildungsanteilen dringend gefordert worden.

>> Petra Schoch ist neue Vorsitzende des HPR asB

Durch die Umgestaltung am Kultusministerium mit nunmehr fünf Abteilungen haben sich die Zuständigkeiten und Ansprechpartner teilweise deutlich verändert. Der HPR asB versucht nun zeitnah mit den neuen Verantwortlichen in einen Dialog zu treten, sodass die drängenden Probleme (vor allem im Zusammenhang mit dem ZSL) wieder angegangen werden.

Am ZSL wurde eine Evaluationsgruppe unter der Leitung von Herrn Kilper (Abteilungsleiter III) ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe ist es, die Fachteamstrukturen am ZSL grundlegend zu evaluieren. Der HPR asB ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten und versucht, die an ihn von Seiten der Beschäftigten am ZSL herangetragenen Probleme in die Fragestellung der Evaluation einzubringen.

Michael Belz

>> Dr. Karin Broschat, Thomas Speck und Karin Fetzner bei der Landespressekonferenz

Drei Jahre ZSL: Die Fachverbände des Beamtenbundes ziehen auf der Landespressekonferenz eine bittere Bilanz

Am Freitag, den 25. Februar, saßen Karin Fetzner als Vertreterin des Philologenverbandes, Thomas Speck, der Vorsitzende des Berufsschullehrerverbandes, und Dr. Karin Broschat, Vorsitzende des Realschullehrerverbandes, zusammen auf dem Podium bei der Landespressekonferenz, um ein trauriges Resümee für die bisherige Arbeit des ZSL zu ziehen.

Sie waren sich einig, dass auch nach drei Jahren vieles nicht rund läuft bei der mit großen Erwartungen gegründeten Behörde ZSL – dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung. Das Vorhaben, die Qualität von Aus- und Fortbildung zu verbessern, war zwar richtig, doch wurden funktionierende Strukturen zerschlagen und bisher leider immer noch nicht im erforderlichen Maße durch neue funktionierende Strukturen ersetzt. Qualität gibt es nicht umsonst – wer eine neue Behörde kreiert, die die Qualität der Schulen sichern soll, muss sie auch ausstatten. Darum braucht es eine unabhängige externe Evaluation.

Im Einzelnen gingen die drei Verbandsvertreter darauf ein, dass es immer noch zu wenig Personal und zugleich zu viele Aufgaben für die Mitarbeiter am ZSL gibt. Viele Dienstposten sind nicht besetzt, dazu reiche ein Blick auf die Websites der Zentrale und der Regionalstellen des ZSL. Deshalb arbeiten viele Mitarbeiter mehr als zehn Stunden täglich und am Wochenende, teilweise sogar in Urlaubszeiten, und dennoch können viele Aufträge und Aufgaben nicht im geplanten Zeitfenster bewältigt werden. Nicht einmal die gesetzlich vorgesehene Freistellung für die Personalvertretung kann korrekt gewährt werden.

Bei der Detailanalyse verwies Thomas Speck vom BLV darauf, dass einst funktionierende Strukturen zerschlagen wurden: Über viele Jahre funktionierende Fortbildungsteams wurden ohne Not getrennt. Die Lehrerfortbildung wurde dadurch erheblich beeinträchtigt und hat sich davon noch nicht erholt. Zudem sind redundante Doppelstrukturen entstanden: 'Fachberater Aufsicht' an den Regierungspräsidien konkurrieren mit 'Fachberatern Unterricht' des ZSL um die knappe Ressource Zeit der Lehrkräfte *(vgl. den Artikel von Dieter Grupp auf Seite 24)*. Für die beruflichen Schulen stehen den Regierungspräsidien inzwischen zu wenige Fachberater zur Verfügung, so dass Beratung und Betreuung der Schulen nur noch eingeschränkt möglich sind. Den Landesakademien wurde ihre Selbstständigkeit in der Konzeption von Fortbildungen genommen und sie erfüllen nur noch die Funktion eines 'Tagungshotels'. Die sinnvolle Verzahnung von Fachberatern Aufsicht und Fachberatern Unterricht wurde von allen drei Verbänden gefordert.

Als die großen Verlierer der Neustrukturierung erscheinen die Seminare. Ihre Budgets wurden um ein Drittel gekürzt und sie haben ihre Eigenständigkeit verloren. Seminarleitungen werden nun eine Stufe schlechter dotiert als zuvor und müssen zusätzlich weitere Aufgaben übernehmen, da die stellvertretenden Seminarleitungen ersatzlos gestrichen wurden. Problemanzeigen der Seminare liegen dem ZSL schon lange vor. Allein eine Lösung lässt auf sich warten. In Zeiten des Lehrkräftemangels deren Ausbildung so zu vernachlässigen ist fahrlässig. Außerdem ist die Einbindung der Seminare in die Fortbildung der Lehrkräfte in keiner Weise geklärt. Die Schnittmenge zwischen Aus- und Fortbildung hat sich als denkbar gering erwiesen, sodass eine Verzahnung von Aus- und Fortbildung, wie sie ursprünglich geplant war, nicht stattgefunden hat. Seminare müssen entlastet, ihr Budget muss erhöht und ihre Rolle im ZSL geklärt werden.

Hintergrund vieler Probleme ist die Tatsache, dass viele Vorschriften immer noch nicht an die neue Struktur angepasst sind. Beratungslehrer operieren nach einer Verwaltungsvorschrift aus dem Jahre 2000, in der noch von 'Oberschulämtern' die Rede ist, wie Karin Fetzner vom Philologenverband süffisant anmerkte, Fachberater nach einer aus dem Jahre 2009. Hieran zeigt sich, dass das Ministerium die Komplexität der Aufgabe nicht erkannt hat. Auch die Zuständigkeit bei Auswahlkommissionen für Stellenneubesetzungen erscheinen diffus. Nach drei Jahren sollte es – trotz der Belastungen der

Corona-Krise – möglich sein, die Verwaltungsvorschriften anzugleichen und die Zuständigkeiten eindeutig zu klären. »Wenn Juristen damit beschäftigt sind, Corona-Verordnungen zu verfassen, bleiben andere Arbeiten liegen«, so erklärte Thomas Speck diesen Bürokratiestau.

Nicht nur die personelle, sondern auch die sonstige Ausstattung am ZSL ist mangelhaft: Zu viele Beschäftigte des ZSL sind nicht mit Dienstrechnern versorgt. Viele Fachberater und Beratungslehrkräfte arbeiten mit ihren privaten Geräten. Dazu passt die schlechte Vergütung für Arbeiten am ZSL: Während Fachberater im gehobenen Dienst für die Dauer der Tätigkeit eine Zulage von 38,81 Euro im Monat erhalten, werden Fachberater im höheren Dienst dauerhaft befördert. Fachberater im beruflichen Bereich erhalten Anrechnungen gemäß ihrer zeitlichen Belastung, in allen anderen Schularten wird pauschal pro Fortbildung abgerechnet: Für acht halbtägige Fortbildungen bekommen Fachberater eine Unterrichtsstunde Ermäßigung. Das ist insbesondere in den sogenannten 'kleinen Fächern' wie Erdkunde oder Geschichte nicht auskömmlich und die Fachberater erreichen die angestrebte Qualität auf ihre eigenen Kosten – oder nicht. Wer anspruchsvolle Fortbildungsinhalte und -formate will, muss Anrechnungsstunden entsprechend der geleisteten Arbeit gewähren. Die einst angekündigte überhälftige Entlastung im allgemeinbildenden Bereich wurde stillschweigend beerdigt. Für alle Fachberater gilt: Krankheitsbedingte Ausfälle müssen zusätzlich zum üblichen Alltagsgeschäft nachgearbeitet werden. Die Rechtmäßigkeit dieser Regelung bezweifeln alle beteiligten Verbände. Krankheitsbedingte Ausfälle dürfen keinesfalls zu unbezahlter Nacharbeit führen.

Die Durchführung einer Fortbildung erfordert erheblich mehr bürokratische Schritte als zuvor. Interne Treffen der Fachberater können nicht über das Dienstreisemanagement abgerechnet werden, sofern sie nicht als 'Fortbildungen' falsch deklariert sind. Die Verfügung der Anrechnungsstunden für Fachberater erfolgt zum Teil erst neun Monate oder noch später nach Abgabe des Tätigkeitsberichts. Die Bereitstellung der vom ZSL zentral erstellten Unterrichtsmaterialien an die Schulen dauert zu lange. Die Autoren der Materialien berichten von langen Abstimmungszeiten, bis Handreichungen und Unterrichtsbeispiele den Schulen zur Verfügung gestellt werden können. Hier funktioniert die Abstimmung zwischen ZSL und den Verantwortlichen im Kultusministerium nicht.

>> Die Verbandsvorsitzenden und die Mitglieder der BBW-Fachgruppe außerschulischer Bereich *(v.l.n.r.)*: Thomas Speck, Dieter Grupp, Karin Fetzner, Matthias Link, Dr. Karin Broschat, Martin Buhl, Florian Gantner

Das ZSL hat auch ein Öffentlichkeitsproblem, wie Dr. Karin Broschat vom Realschullehrerverband festgestellt hat: Man kennt es nicht. Viele Lehrkräfte wissen immer noch nicht, dass das ZSL überhaupt existiert und welche Aufgaben es erfüllt. Das Verbot, Fortbildungsangebote über die Schulleitungen zu bewerben, führt dazu, dass Veranstaltungen mangels Anmeldungen ausfallen. Die Software zur Lehrerfortbildungsanmeldung läuft nicht wie erforderlich, weil die Abstimmung zwischen IBBW und ZSL offensichtlich problematisch ist. Die Suchfunktion weist Mängel auf, passende Angebote sind äußerst schwer zu finden. Wo das Fortbildungswesen noch vergleichsweise gut funktioniert, tut es das trotz und nicht wegen des Anmeldesystems 'lfb-online'.

Das ZSL kennt sich selbst auch (noch) nicht: Nach wie vor ist unklar, wer als Beschäftigter des ZSL gilt. Wo der Behördenchef anfangs noch von einer höheren dreistelligen Zahl an Mitarbeitern ausging, ist inzwischen die Rede von mehr als 6000. Der Personalvertretung konnte bis heute noch keine Liste der Beschäftigten vorgelegt werden. Es ist außerdem nicht möglich, mit einer E-Mail alle Mitarbeiter zu erreichen. Die meisten Mitarbeiter des ZSL waren noch nie in der Zentrale oder an einer der Regionalstellen. Viele Beschäftigte (Fachberater, Beratungslehrkräfte, Seminare und ASKO-Tätige) nehmen sich nicht als Beschäftigte des ZSL wahr. Sie sind von wesentlichen Informationen der Behörde abgeschnitten. Nach drei Jahren ist es dringend nötig, sowohl eine klare, für die Mitarbeiter erkennbare 'corporate identity' aufzubauen als auch sich für die Kollegien an den Schulen bemerkbar zu machen; sonst stellt sich die Frage nach der Legitimation der Behörde.

Fazit: Der Zugewinn an Qualität, der durch das ZSL erreicht werden sollte, steht bis heute aus. Das ZSL ist aber genau für diese Qualität zuständig. Es ist also höchste Zeit, zunächst einmal das ZSL selbst auf seine Qualität hin zu evaluieren. Eine derartige Evaluation muss unbedingt durch eine unabhängige und neutrale externe Stelle stattfinden. Wenn die (gar nicht mehr so) neue Behörde dieser Evaluation nicht standhält, dann muss es auch denkbar und für Politiker ohne Gesichtsverlust möglich sein, Fehler einzugestehen und das ZSL weiterzuentwickeln oder gar abzuwickeln.

Dieter Grupp

Über Knochen mit und ohne Fleisch

Sind Dienstbesprechungen wichtiger als Fortbildungen?

Mal ehrlich: Wann waren Sie zuletzt auf einer Fortbildung? Würden Sie nicht mal wieder gerne eine besuchen? Warum tun Sie es nicht? Liegt es an der Überlastung? Liegt es daran, dass Sie dieses Jahr schon zu mehreren Dienstbesprechungen verpflichtet wurden?

Wenn Sie drei der obigen (zugegebenermaßen zum Teil rhetorischen) Fragen mit Ja beantwortet haben, dann bezeugen Sie damit einen Zielkonflikt, der sich seit einiger Zeit abzeichnet im Verhältnis zwischen Regierungspräsidien und dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerfortbildung (ZSL).

1. Die Vorgeschichte

Im Zuge der behördlichen Neustrukturierung und der Etablierung der beiden neuen Behörden IBBW und ZSL haben die Regierungspräsidien einen empfindlichen Verlust hinnehmen müssen: Sie mussten sehr viele Fachberater an das ZSL abgeben, verloren einige Stellen und büßten die Zuständigkeit für die gesamte Lehrerfortbildung ein. Dieser Prozess war schmerzhaft und hat Nachwirkungen. Für Lehrkräfte an den Schulen macht sich dies dadurch bemerkbar, dass in den meisten Regierungspräsidien nicht mehr über anstehende Lehrerfortbildungen informiert wird und sie sich mithilfe des nach wie vor mangelhaften Tools 'lfb-online' selbst informieren müssen; weil die Dysfunktionalität von lfb-online inzwischen erkannt wurde, wird es vielerorts inzwischen durch Newsletters der Regionalfachteams ergänzt. Für die ans ZSL gewechselten Fachberater (FachBerater-Unterricht) haben sich die anfänglichen Versprechungen einer zukünftigen überhälftigen Entlastung als falsch herausgestellt[1]. Für die Regierungspräsidien und deren Fachreferate (mit FachBeraterAufsicht) stellt sich seither die Frage, wie man den enormen Verlust an Bedeutung kompensiert.

Dieter Grupp
ist Beauftragter für Fortbildungen des Philologenverbandes Baden-Württemberg im Bezirk Südwürttemberg

Die derzeitige Lösung der Regierungspräsidien heißt: Man beruft einmal pro Jahr für sämtliche Lehrkräfte in jedem Fach eine Dienstbesprechung ein[2].

2. Die Situation

Die aktuelle Situation ist regelrecht bizarr: auf der einen Seite obligatorische Dienstbesprechungen mit künstlich aufgeblähten, oft längst bekannten und wenig dringlichen Themen – auf der anderen Seite Fortbildungen, die zum Beispiel die Ergebnisse der Konzeptgruppen des Landesfachteams multiplizieren sollen, die freiwillig wählbar und deren Termine aber den Lehrkräften aufgrund der Mängel von lfb-online häufig nicht bekannt sind. Von 'Waffengleichheit' kann keine Rede sein: Ein FBA kann (bzw. muss qua Verordnung) den Lehrkräften die Pistole auf die Brust setzen, ein FBU kann höflich um Teilnahme bitten. Die Folgen sind

- im Bereich der Fortbildner eine unglaubliche Ressourcenverschwendung (Stichworte: intensive Vorbereitungsarbeit der Konzeptgruppe, Multiplikation in Bad Wildbad unter den Fachberatern, Planungen für das Roll out), wenn die groß angelegten zentralen Fortbildungsreihen ins Leere laufen;
- im Bereich der Aufsicht eine erhebliche Belastung der wenigen verbliebenen Fachberater Aufsicht, die, so wird kolportiert, nicht überall begeistert empfangen werden, wenn sie zum Beispiel über nachrangige Themen wie 'Mündliche Leistungsmessung in der Mittelstufe' informieren, Themen, die in den Fachschaften der Schulen schon längst geklärt sind;
- die Ausbeutung der Fachberater Unterricht: Diese erhalten für geplante Fortbildungen, die nicht oder nur sehr eingeschränkt stattfinden, auch keine zeitliche Anrechnung (die Regelung hier erinnert schon stark an die Methoden eines neoliberalen Risiko-Outsourcings); dass das ZSL sich als Behörde hier vor die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt, ist bislang noch nicht erkennbar;
- die nachhaltige Frustration und Demotivierung aller an dem Prozess Beteiligten: überarbeitete und nicht willkommene FBAs, unterbeschäftigte und schlecht ausgestattete FBUs, vor allem aber die Lehrkräfte, auf deren Rücken dieses Kompetenzgerangel stattfindet.
- keine Verbesserung, sondern eine Minderung der Unterrichtsqualität.

3. Die Lösung

Um das Kompetenzgerangel zwischen Regierungspräsidium und ZSL nicht weiterhin auf dem Rücken der Lehrkräfte auszutragen, bieten sich mehrere Wege an. Man ist versucht, eine radikale Umkehr zu empfehlen: Fachberater zurück ans Regierungspräsidium, damit sie ihre über lange Jahre erworbenen Kompetenzen sinnvoll einsetzen können; ersatzlose Abschaffung der Dienstbesprechungen zugunsten von inhaltsorientierten Fortbildungen, bei denen Fachberater Aufsicht und Fachberater Unterricht kooperieren. Der FBA dürfte wieder fortbilden, der FBU wieder bei der Aufsicht eingesetzt werden. Inzwischen sind aber einerseits so viele Stellen geschaffen und besetzt worden, andererseits ist so viel Porzellan zerschlagen worden, dass dieser Vorschlag utopisch ist.

Deshalb wäre eine pragmatische Lösung, die vor allem auf das immer

schmalere Zeitbudget der Zielgruppe Lehrkräfte Rücksicht nimmt, vom sachlichen Ziel einer tatsächlichen Verbesserung der Unterrichtsqualität her denkt und nicht von Eitelkeiten bestimmt ist, die folgende: Man lässt, wo möglich und nötig, die Kooperation in den alten Strukturen zu; man öffnet die Tore zwischen den beiden hermetisch getrennten Behörden und FBAs und FBUs arbeiten (wieder) zusammen. So kann man die Inhalte der Aufsicht (Informationen zu Prüfungen etc.) mit den Inhalten der Fortbildung (Informationen zur Umsetzung des Bildungsplans) sinnvoll zusammenführen. Man erreicht die Kollegien, aber mit interessanten Inhalten. Ob diese Art von Veranstaltung dann – zumindest für eine bestimmte Zielgruppe wie zum Beispiel Lehrer der Kursstufe – obligatorisch wird, ist eine offene Frage[3]. Die aufwändig erarbeiteten Inhalte der Fortbildung könnten so sinnvoll und zuverlässig multipliziert werden.

In jedem Falle sollte man sich ehrlich den Missständen stellen und eine ungeschminkte Bestandsaufnahme machen: Die Strukturreform der vormaligen Ministerin ist in vielen Bereichen schlicht misslungen. Synergieeffekte sind weder für die Fachberater noch für die Lehrkräfte erkennbar. Die neue Leitung im Ministerium könnte sich mit wenig Aufwand sehr viele Freunde in den Kollegien schaffen, man fragt sich nur: Warum tut sie es nicht?

1 Diese Fachberater heißen übrigens seither 'FBU', was für Fachberater Unterricht steht – im Gegensatz zu den am Regierungspräsidium verbliebenen wenigen Fachberatern, die jetzt 'FBA' (Fachberater Aufsicht) heißen. Zweifellos wurde ihnen diese Differenzierung (vielleicht sogar schon mehrfach) dargelegt – leider erschließt sie sich im Regelfall nur den am Prozess Beteiligten ...

2 Manche Fächer sind in der Aufsicht allerdings so schwach besetzt, dass man dem eigentlichen Anspruch gar nicht nachkommen kann, weshalb diese Regelung schon auf einen zweijährigen Zeitraum ausgedehnt wurde.

3 Tatsächlich sind die Dienstbesprechungen ja eine Zwangsfortbildung durch die Hintertür (auch wenn der Terminus 'Fortbildung' dabei stets gemieden wird).

Stellungnahme des Philologenverbandes Baden-Württemberg:

Änderung der Verordnung der Landesregierung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) begrüßt grundsätzlich, dass die Leitungszeit für die Schulleitungen erhöht werden soll. Diese Maßnahme ist angesichts der stark gewachsenen Aufgaben der Schulleitungen seit vielen Jahren überfällig und in der Pandemie-Situation mit weiterem massivem Anwachsen der Organisationsaufgaben besonders dringend.

Allerdings handelt es sich vom Umfang her um eine viel zu geringe Erhöhung der Leitungszeit. Zweizügige Schulen erhalten nicht einmal zwei Deputatsstunden mehr, fünfzügige Schulen gerade einmal vier Stunden.

Das ist angesichts von weit mehr als fünfzig Arbeitsstunden pro Woche für die Direktoren und stellvertretenden Schulleiter (auch in den Ferien!) nicht mehr als das sprichwörtliche Tröpfchen auf den heißen Stein. Eine mindestens drei- bis viermal so hohe Erhöhung der Leitungszeit wäre nötig gewesen, um eine spürbare Entlastung zu schaffen.

Dazu kommt noch eines: Bei der Kürzung der 'Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben der Schulen' im Jahr 2014 wurden die Gymnasien mit Kürzungen von bis zu vierzig Prozent besonders stark belastet. Der Philologenverband fordert deshalb als nächsten Entlastungsschritt für die Schulen – neben einer weiteren Entlastung der Schulleitungen – eine vollständige Rücknahme dieser Kürzungen des allgemeinen Entlastungskontingents.

Ein besonderes Ärgernis ist in diesem Zusammenhang die Streichung der 'Gymnasien-Entlastung' von jeweils zwei Stunden. Diese war ursprünglich eingeführt worden, damit die Schulleitungen eine Entlastung für ihren Schulrechts-Unterricht für die Referendare erhalten. Diese Aufgabe ist den Schulleitungen geblieben, die Entlastung wurde aber 2014 gestrichen.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Scholl, Vorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Der Philologenverband im Gespräch mit ...

... Kultusministerin Theresa Schopper

Am 17. Februar trafen sich Kultusministerin Schopper, die Leiterin des Gymnasialreferats im Kultusministerium, Frau Stuhrmann, und ihre Mitarbeiterin Frau Gentner zum Vierteljahresgespräch mit dem Philologenverband Baden-Württemberg, vertreten durch den Vorsitzenden Ralf Scholl, die stellvertretende Vorsitzende Karin Fetzner, die bildungspolitische Referentin Andrea Pilz und den berufspolitischen Referenten Cord Santelmann in einer Videokonferenz.

Beim Thema 'Corona' bestand weitgehende Übereinstimmung. Tests und Masken sind bis Ostern zugesichert, weiterhin wird dringend empfohlen, sich impfen und boostern zu lassen. Es gibt erste Überlegungen zur Lage im kommenden Herbst. Der deutliche Appell des Philologenverbandes ist weiterhin gültig: Die Schulen müssen flächendeckend mit effektiven Luftreinigungsgeräten ausgestattet werden, die ja auch bei 'normalen' Grippe- und Erkältungswellen wirksam sind und damit Unterrichtsausfall vermindern. Bei jedem Neubau und jeder Renovierung von Schulgebäuden müssen zwingend moderne automatische Lüftungssysteme mit entsprechenden Filtern eingebaut werden, die zudem auch eine Klimatisierung in heißen Sommermonaten erlauben. Der Bund stellt für diese Zwecke finanzielle Mittel bereit.

Die Belastung der Schulleitungen und Lehrkräfte ist viel zu hoch, der Philologenverband begrüßt die Pläne des Kultusministeriums zur Entlastung der Schulleitungen, kritisiert aber, dass sie bei weitem zu gering ausfallen! Drei- bis viermal höhere zusätzliche Entlastungen für die Schulleitungen wären angebracht. Außerdem fordert der Philologenverband nachdrücklich, die Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents an den Gymnasien im Jahr 2014/2015 komplett zurückzunehmen. In diesem Rahmen wurde insbesondere die Streichung der beiden Stunden thematisiert, die es bis dahin für den Schulrechtsunterricht der Referendarinnen und Referendare durch die Schulleitungen gab.

Von PhV-Seite wurde betont, dass klar sei, wie sehr alle Ministerien um ihr Budget kämpfen. Aber die 'Ressource Bildung', die in Baden-Württemberg in vielen politischen Sonntagsreden beschworen wurde, müsse auch tatsächlich priorisiert werden, wenn das nicht nur leere Worthülsen sein sollen: Bildungsausgaben sind nicht einfach nur lästige Kosten, sondern wesentliche Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Auch die 0-Punkte-Regelung im Abitur wurde angesprochen: Die Ministerin bestätigte, dass die Ausnahmeregelung (lediglich ein Punkt in der mündlichen Nachprüfung genügt zum Bestehen) nur für die Prüfung 2022 als Corona-Erleichterung gilt. Ab 2023 gilt: bei mündlicher Nachprüfung nach null Punkten im schriftlichen Abitur sind drei Punkte notwendig, bei mündlicher Nachprüfung nach null Punkten im mündlichen Abitur sind zwei Punkte zum Bestehen notwendig. (schriftlich : mündlich zählt 2 : 1, mündlich : mündlich 1 : 1)

Der Philologenverband thematisierte nachdrücklich die demotivierende

>> Die Vertreter des Philologenverbandes Baden-Württemberg im Gespräch mit Ministerin Theresa Schopper *(2. Reihe rechts)* sowie Frau Stuhrmann *(Mitte oben)* undFrau Gentner *(Mitte unten)* vom Gymnasialreferat des Kultusministeriumss

Streichung der konventionellen A14-Beförderung im Mai 2022 'mangels Stellen', die im krassen Gegensatz steht zu den wortreichen Dankesbezeugungen der Politik für die Arbeit an den Schulen während der Pandemie.

Außerdem sprach der Philologenverband in diesem Zusammenhang die Veränderung im Verhältnis von A14- zu A13-Stellen an: 2009 gab es je 7700 Stellen. 2021 standen 11 170 A13-Stellen aber nur 7400 A14-Stellen im Staatshaushaltsplan gegenüber. Deswegen forderte der Philologenverband für die Hälfte der 'überzähligen' 3770 A13-Stellen Stellenhebungen nach A14.

Schon jetzt fehlen besonders in den MINT-Fächern viele Lehrkräfte; die Konkurrenz zur Wirtschaft ist groß, und ohne Aussichten auf Karrieremöglichkeiten wird dieser Mangel an den Schulen absehbar wachsen. Die Lehrkräftebedarfsplanung muss endlich einen Horizont bekommen, der über das nächste Schuljahr hinausreicht!

In diesem Zusammenhang erinnerten der Philologenverband auch an die nachgewiesen viel zu hohe Arbeitszeit der Lehrkräfte, die vom Kultusministerium unbedingt in den Fokus genommen werden muss, ebenso wie eine Verringerung des Klassenteilers und eine Erhöhung der A15-Stellen, um die Leitungsarbeit an den Gymnasien auf mehr Schultern zu verteilen.

Theresa Schopper betonte, dass es ihr ein sehr großes Anliegen sei, das Ansehen und die Wertschätzung des Lehrerberufs in der Öffentlichkeit zu verbessern und zu stärken. Deputatssenkungen oder eine Verringerung des Klassenteilers seien aber im kommenden Landeshaushalt nicht möglich.

Karin Fetzner

>> Die Vertreter des Philologenverbandes Baden-Württemberg im Gespräch mit Jan Alexander Wohlgemuth (oben rechts), Claudia Haeberlein (Mitte links) und Frau Gantner (Mitte rechts) vom Gymnasialreferat des Kultusministerium

... dem Gymnasialreferat im Kultusministerium Baden-Württemberg

Für uns als Verband der gymnasialen Lehrkräfte ist es selbstverständlich, dass ein regelmäßiger Austausch mit dem Gymnasialreferat im Kultusministerium erfolgen muss, denn für beide Seiten ist das vorteilhaft: Die Planer im Kultusministerium erfahren, was an der Basis geschieht, wo es 'brennt', und wir hören von den Plänen und Vorhaben, die im Amt verfolgt werden (sollen), und können unsere Anliegen vorbringen – ob sie 'erhört' werden oder nur gehört, das steht auf einem anderen Blatt. So sprachen der stellvertretende Referatsleiter Jan Alexander Wohlgemuth, Frau Gentner und Claudia Haeberlein vom Referat 35 im Kultusministerium (Frau Stuhrmann war verhindert) in einer Videokonferenz am 7. März 2022 mit Ralf Scholl, Martina Scherer und Karin Fetzner vom Philologenverband Baden-Württemberg.

Ein aktuelles Thema war die Regelung der Korrekturtage bei Kursen mit mehr als siebzehn Schülern, denn hier können die Schulleitungen drei Korrekturtage gewähren, es gibt aber einen Ermessensspielraum.

Ein seit langem ungelöstes Problem ist die Einrichtung von schulischen Treuhandkonten, über die Gelder wie zum Beispiel die Kosten für Schullandheimaufenthalte rechtssicher verwaltet werden können. Die Verwendung persönlicher Konten der Lehrkraft für schulische Gelder ist rechtlich hochproblematisch. Dem Kultusministerium ist die inakzeptable Situation eigentlich bekannt, aber trotzdem ist keine Lösung in Sicht, denn es gibt kein Geld für Kontogebühren im Haushalt! Dieses Problem muss angepackt werden, damit Lehrkräfte hier nicht quasi mit einem Bein im Gefängnis stehen. Der Philologenverband drängt darauf, die rechtssichere Lösung des Landes Hessen zu übernehmen.

Des Weiteren war die 0-Punkte-Regelung im Abitur Thema. Die 'großzügige' Nachprüfungsregelung wird nur 2022

gelten – als Sonderregelung nach der Corona-Situation. Ab dem Abitur 2023 gilt: In der mündlichen Nachprüfung nach einer schriftlichen 0-P-Prüfung sind drei Punkte nötig, um zu bestehen, in einer Nachprüfung nach einer mündlichen 0-P-Prüfung sind zwei Punkte notwendig.

Eine dringende Forderung des Philologenverbandes wurde auch thematisiert: Es müssen zusätzliche A14-Stellen geschaffen werden durch Stellenhebungen! Dieses Jahr im Mai gibt es 'mangels Stellen' keine konventionelle A14-Beförderung. Durch den 'Schweinezyklus' bei der Lehrereinstellung werden derzeit weniger Lehrkräfte pensioniert, deshalb werden keine Stellen frei. Aber die A14-Stellen sind heute im Verhältnis zu den A13-Stellen in der deutlichen Unterzahl, früher waren es jeweils etwa gleich viele. Seit 2009 wurde die Zahl der A14-Stellen um 300 reduziert, die der A13-Stellen um 3460 erhöht. Daher fordert der Philologenverband für die kommenden Haushaltsplanungen 1880 Stellenhebungen von A13 auf A14. Dann ist das Verhältnis wieder ausgeglichen, und das gibt sehr guten Lehrkräften wieder bessere Chancen auf eine Beförderung. In anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes sind Stellenhebungen in deutlichem Ausmaß schon erfolgt, der höhere Dienst hat hier Nachholbedarf.

Angesprochen wurde auch die Begabten- und Hochbegabtenförderung im Land, denn es gibt nicht überall in erreichbarer Nähe einen Begabtenzug an einem Gymnasium. Und selbst dieser, falls vorhanden, ist teilweise in Gefahr, nicht weitergeführt zu werden, weil die Mindestzahl der Schüler nicht erreicht wird. Hier muss unbedingt über konstruktive Lösungen nachgedacht werden. Geplant sind teilintegrative Klassen, für die es aber keine zusätzlichen Ressourcen geben soll, so dass die Schule selbst sehen muss, woher sie die zusätzlichen Stunden nimmt – offensichtlich will man hier 'kostenneutral' arbeiten. Die Förderung von leistungsstarken Schülern steht trotz der Koaltionsvereinbarungen bislang noch nicht weit vorn auf der Agenda, allen politischen Reden der Wichtigkeit von 'individueller Förderung' zum Trotz. Da die Begabtenförderung explizit im Koalitionsvertrag steht, müssen den Worten jetzt auch Taten folgen.

Die politisch gewollte Errichtung weiterer Oberstufen an GMS hat zur Folge, dass dort A15-Stellen besetzt werden, die aus dem Gymnasialbereich stammen. Der Philologenverband fordert, dass diese Stellen keinesfalls von Gymnasien abgezogen werden dürfen. Wenn diese Politik zugunsten der GMS forciert wird, dann müssen auf jeden Fall auch zusätzliche Stellen geschaffen werden. Die Schülerzahl an den Gymnasien steigt mittlerweile wieder.

Viele Themen sind Dauerbrenner, somit werden wir vom Philologenverband Baden-Württemberg aus auch in Zukunft sehr viel Gesprächsstoff für die künftigen Treffen mit dem Gymnasialreferat haben.

Karin Fetzner

>> Ralf Scholl und Karin Fetzner im Gespräch mit Dr. Timm Kern und weiteren Vertretern der FDP/DVP-Landtagsfraktion

... der FDP

Am 7. März 2022 trafen sich Dr. Timm Kern, Dennis Birnstock, Alena Trauschel (alle MdL) und Marc Juric (Parlamentarischer Berater) als Vertreter des Arbeitskreis Bildung der FDP mit Ralf Scholl und Karin Fetzner vom Philologenverband in einer Videokonferenz, um sich über aktuelle Fragen der Bildungspolitik auszutauschen. Schon in der Vergangenheit hatte sich gezeigt, dass in vielen Punkten Übereinstimmung zwischen FDP und Philologenverband besteht. Die Bilanz der Arbeit des ZSL in den letzten drei Jahren wurde gleichermaßen als ernüchternd schwach und defizitär eingeschätzt. Ebenso war man sich in der Kritik der sogenannten 'Umstrukturierungen' im Kultusministerium in Bezug auf die Auflösung des Realschulreferats einig. Dieses ging (ohne vorher mit den Realschullehrkräften gesprochen zu haben!) in einem Konvolut 'Sekundarstufe I-Referat' auf, unter der Führung von GMS-

Befürwortern, was zu großer Besorgnis für die Zukunft des gegliederten Schulsystems führte. Transparente Entscheidungen sehen anders aus.

Angesichts des Ungleichgewichts von A14- zu A13-Stellen fordert der Philologenverband, durch entsprechende Stellenhebungen dafür zu sorgen, dass das Verhältnis von A13- zu A14-Stellen wieder ausgewogen ist, so wie es früher der Fall war. Damit bestünde eine Aussicht auf Beförderung für die vielen sehr guten Lehrkräfte, die jetzt keine Chance haben. Der Lehrkräftemangel besonders in den MINT-Fächern sollte genug Anlass bieten, die Attraktivität für diesen Beruf zu erhöhen, um nicht in wenigen Jahren sehenden Auges eine eklatante Versorgungslücke zu generieren.

Die Belastung und Überlastung der Schulleitungen und Lehrkräfte verlangt mehr Anrechnungen und Entlastung, dies ist bisher nur minimal oder gar nicht geschehen. Insbesondere muss gewährleistet werden, dass keine Stellen, die für Gymnasien vorgesehen sind oder waren, auf andere Schularten übergehen können, moniert der Philologenverband. Auch die Zukunft der G9-Modellgymnasien hängt noch in der Luft, bisher wurde über ihre Fortführung noch nicht entschieden, was aber im Hinblick auf den Staatshaushaltsplan 2023/2024 dringend erforderlich ist. Hier sind die Regierungsparteien am Zug und sollten sich nicht bis zum letzten Moment vor einer Entscheidung drücken!

Auch für die dringend notwendige Gesundheitsvorsorge für den nächsten Herbst möchten wir vom Philologenverband Baden-Württemberg einen gemeinsamen Appell an die Schulverwaltung und die Schulträger richten: Jetzt muss die Zeit genutzt werden, um gute Raumluftreiniger und Lüftungssysteme in allen Schulräumen einzubauen, um für die nächsten Grippe- und Krankheitswellen so gut wie möglich gerüstet zu sein! Man sollte nicht denselben Fehler mehrmals machen und die Zeit zum Handeln wieder verschlafen.

Die Aktion 'Rückenwind' gibt bisher viel Anlass zur Kritik, weil sie nur punktuell wirksam und abhängig ist von der Lage der Schulen. Auch die Bezahlung dieser Aushilfskräfte ist sehr niedrig, sie bietet keinen Anreiz für qualifizierte Fachkräfte, sondern orientiert sich an Gehältern von Erzieherinnen und Erziehern, was für die Arbeit an Gymnasien nicht angemessen ist.

Manche Entscheidungen der Politiker aus den Regierungsparteien werden von der FDP und dem Philologenverband gleichermaßen beurteilt oder kritisch gesehen, beide Seiten sind sich einig, dass eine weitere Zusammenarbeit sehr hilfreich ist und von FDP und Philologenverband begrüßt wird.

Karin Fetzner

Die neue JuPhi-Spitze

Nachdem Martina Scherer auf der letzten Vollversammlung von den Delegierten des Philologenverbandes Baden-Württemberg als Stellvertreterin in den Landesvorstand gewählt wurde, war schnell klar, dass sie ihre Position als JuPhi-Vorsitzende zur Verfügung stellen würde.

Am 5. Februar 2022 war es dann soweit: Die JuPhis aller vier Bezirke trafen sich zu einer digitalen Wahlveranstaltung, um die neue JuPhi-Spitze zu wählen.

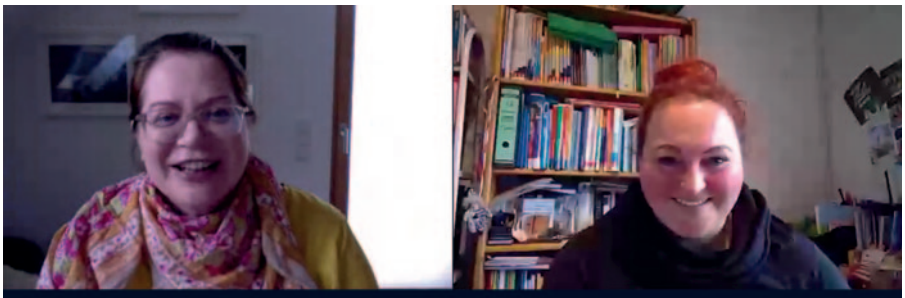
Neue JuPhi-Vorsitzende ist Laura Schönfelder. Ihre drei Stellvertreterinnen und -vertreter sind Corinna Heiß, Pascal Maucher und Maximilian Röhricht.

Das JuPhi-Team bedankt sich für die fantastische Arbeit, die Martina Scherer über die Jahre geleistet hat. Sie hat kontinuierlich den Kreis der JuPhis erweitert, die aktiv mitarbei-

>> Der neue Vorstand der Jungen Philologen Baden-Württemberg *[von oben links nach unten rechts]*: Corinna Heiß, Laura Schönfelder, Maximilian Röhricht und Pascail Maucher

ten, und hat darüber hinaus als JuPhi-Vorsitzende bei anderen Verbänden und in der Öffentlichkeit wichtige Impulse gesetzt und damit das Profil der JuPhis geschärft.

Das neue Team ist sich der großen Fußstapfen, die Martina Scherer hinterlässt, bewusst. Wir gehen die Herausforderungen mit vollem Elan an und freuen uns, auch neue Impulse setzen zu können. **Laura Schönfelder**



>> Die neue und die ehemalige Vorsitzende der Jungen Philologen Baden-Württemberg: Laura Schönfelder *(l.)* und Martina Scherer *(r.)*

Laura Schönfelder

- Lehrerin für Deutsch, Geschichte und Literatur & Theater am Lessing-Gymnasium in Winnenden
- im Philologenverband aktiv seit 2010
- Schriftführerin im Bezirksvorstand Nord-Württemberg
- Mitglied im BPR Nord-Württemberg seit 2019
- JuPhi-Vorsitzende seit 2022

»Mir ist wichtig, dass dieser Beruf einer ist, den man auch über Jahrzehnte hinweg mit Freude ausüben kann. Dies wird durch die zunehmende Belastung der Kolleginnen und Kollegen von Jahr zu Jahr schwieriger. Daher setze ich mich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von uns Lehrkräften ein.«

Corona und die Versicherung der Verbandskreditkarte

Die Corona-Pandemie ist offensichtlich noch nicht vorbei, lässt uns weiter Bangen und mit Einschränkungen aller Art, so auch beim Reisen, leben. Mit Bezug auf Reisen kommen dabei immer wieder Fragen von Mitgliedern auf, was übernimmt die Versicherung im Falle einer Erkrankung?

Da die Versicherung sowohl vor wie auch während der Reise bestimmte Bereiche abdeckt, hier ein paar Informationen, die sicherlich Ihre Mitglieder interessieren werden.

Anbei eine Übersicht zu den aktuellsten Informationen, die wir von unserem Reiseversicherungsunternehmen bezüglich der Handhabe von Leistungsfällen in Bezug auf das Corona-Virus erhalten haben. Dabei muss beachtet werden, dass die Versicherung nur dann greift, wenn mindestens fünfzig Prozent der Reisekosten vor Reiseantritt mit der Mastercard Gold Verbandskreditkarte bezahlt werden.

Folgende Fälle sind über die Reiseversicherung abgedeckt *(vor der Reise)*:

1) **Bescheinigte Erkrankung durch den Corona-Virus:** Sollte die Erkrankung vor der Reise bei Ihnen ausbrechen, sind Sie gemäß den Bedingungen der Reiseversicherung für Reiserücktrittkosten entsprechend versichert.
2) **Offizielle Quarantäne:** Sollte eine Quarantäne vom Gesundheitsamt vor der Reise bei Ihnen angeordnet werden, sind Sie gemäß den Bedingungen der enthaltenen Mastercard Gold Reiseversicherung für Reiserücktrittkosten entsprechend versichert.

Folgende Fälle sind über die MastercardGold Verbandskreditkarte Versicherung abgedeckt *(während der Reise)*:

1) Eine **Coronaerkrankung (inklusive Quarantäne) am Urlaubsort** ist versichert, sofern keine Reisewarnung vom auswärtigem Amt ausgesprochen wurde.

Bitte bedenken Sie, bei einer Erkrankung während der Reise den 24 Stunden-Service (**00 420 221 7 Tage/24 Stunden erreichbar**) zu kontaktieren.

Bitte haben Sie bei Anfragen an das Versicherungsunternehmen Verständnis, dass aufgrund des Corona-Virus

ein vielfach erhöhtes Anfragevolumen entstanden ist. Die Versicherung wird ihr Bestmögliches tun, um chronologisch alle Anfragen zu bearbeiten. Bitte sehen Sie von doppelten Nachfragen ab, da diese die Bearbeitungszeit und das Bearbeitungsvolumen zusätzlich erhöhen.

In den folgenden Fällen kann die Reiseversicherung leider nicht für Verbandsmitglieder tätig werden:

1) **Angst vor Ansteckung oder erhöhtem Risikos aufgrund einer Vorerkrankung:** Diese Ansprüche oder ggf. Anfragen zu Änderungen der Reiseroute, des Reisedatums oder Ähnlichem können nur über den Reiseveranstalter erfolgen.
2) **Offizielle Einreiseverbote in das Urlaubsland:** Auch hier kann, falls überhaupt, nur der Reiseveranstalter für Sie tätig werden.
3) **Reisewarnung durch das Auswärtige Amt:** Hier kann ebenfalls nur der Reiseveranstalter für Sie tätig werden.
4) **Annullierungen vom Reiseveranstalter:** Diese Ansprüche müssen ebenfalls mit dem Reiseveranstalter geklärt werden.

Bitte beachten Sie, dass die Versicherung (auch bei Anraten Ihres Reiseveranstalters zur Kontaktaufnahme mit der Reiseversicherung zwecks Prüfung) nicht tätig werden kann!

Bild: picoStudio/AdobeStock

Für Fragen zur Verbandskreditkarte und den Versicherungen steht den Mitgliedern jederzeit

John Kames
CCC
Commercial Cards
Consulting and Sales
Telefon: 06432 9369860
Mobil: 0177 6622334

gern zur Verfügung.

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter: Enver Groß *[E.G.]* | enver.gross@phv-bw.de | Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg
Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]* | Helmut Hauser *[H.H.]* | Bettina Hölscher *[HL]* | Edelgard Jauch *[E.J.]* | Anne Käßbohrer *[A.K.]* | Evelyn Kapahnke *[E.K.]* | Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Tel.: 0711 2396250 | Fax: 0711 2396277 | info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag | dphv-verlagsgesellschaft mbh | Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf | Tel.: 0211 3558104 | Fax: 0211 3558095
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung *(s. Umschlagseite 4)*

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2022 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)			
Staffelbeiträge* * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	unter A 13/E 14 17,55 Euro	A 13/E 14 20,64 Euro	
	A 14/E 15 22,50 Euro	A 15/E 15Ü 25,18 Euro	A 16 und darüber 27,87 Euro
Feste Beitragssätze	Studenten 0,00 Euro	Referendare 4,13 Euro	Pensionäre 10,32 Euro

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort *Geb.-Datum*

Telefon *E-Mail* ☐ Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

☐ Beamte/r, Amtsbezeichnung A ☐ Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E ☐ Studienreferendar/in ☐ Student/in

Dienststellung (StR, ...) *Fächerkombination* *Deputat in Wochenstunden*

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum *Unterschrift*

Unter **https://phv-bw.de** finden Sie alle Informationen zum *Datenschutz* unter **–> Datenschutz**. Alle Infos zur *Mitgliedschaft* finden Sie unter **–> Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die *Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular* herunterladen.